

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Weckerle kommt zur Sozialistischen Arbeiter-Partei

Die SPD-Opposition kapituliert Rede- und Schreibverbot für linke Redakteure

Heraus aus der SPD!

Der Genosse Eduard Weckerle hat, nachdem er schon vor einiger Zeit aus der Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme“ ausgeschieden war, die SPD verlassen und seinen Uebertritt zur SAP vollzogen. Nachstehend eine Erklärung, die der Genosse Weckerle der SAP aus diesem Anlaß übermittelt, hat.

Werte Genossen!

Es stand für mich schon seit geraumer Zeit außer Zweifel, daß der Parteivorstand der SPD unbeugsam entschlossen war, der Opposition innerhalb der Partei jede Wirksamkeit zu unterbinden. Der von der SPD befolgte Kurs ist durch die jüngste Entwicklung in jeder Beziehung als so vollkommen abwegig und den Interessen der Arbeiterklasse derart entgegengesetzt erwiesen, daß lediglich die Berufung auf die restlose Einmütigkeit der Parteikörperschaften die breiten Mitglieder-massen noch darüber hinwegtäuschen vermag. Damit war die SPD in einem Stadium angelangt, in dem ihre gegenwärtige Führung jede Stimme der Kritik und des Zweifels aus dem eigenen Lager als unerträglich empfinden mußte. Dies allein ist die Erklärung für die vom Parteivorstand vorgenommenen Ausschüsse der Genossen Seydewitz und Rosenfeld.

Wenn ich gleichwohl abgelehnt habe, mich sofort mit den beiden Ausgeschlossenem zu solidarisieren, so vor allem, weil ich als Redakteur in einem Bezirk wirkte, dessen Instanzen sich nach wie vor zu den Auffassungen der „Klassenkampf“-Gruppe bekannnten und öffentlich erklärten, daß sie deren politischen Kampf mit derselben Entschlossenheit wie bisher weiterführen werden.

Obwohl seitdem nur wenige Wochen verstrichen sind, ist inzwischen klar erwiesen worden, daß

diese Versicherungen und Beteuerungen auf eine bewußte Täuschung und Irreführung der oppositionellen Mitglieder berechnet waren und nur den Rückzug auf den Parteivorstandskurs verschleiern sollten.

Stand die Volksstimme der Tolerierungspolitik bisher in unversöhnlicher Gegnerschaft gegenüber, so wurde nach der letzten Tagung des Reichstages der Sozialdemokratischen

Die Waffen der Konterrevolution

Das Polizeipräsidium Weißenfels teilt über einen großen Waffenfund in Naumburg mit: Die Waffen wurden gefunden bei dem Tischlermeister Schneider in Naumburg. Das Waffenlager bestand aus drei Maschinengewehren, darunter zwei schweren, 14 Gewehren 98, zwei Karabinern 98, einer Maschinenpistole 18, 5500 Schuß S-Munition, 2400 Schuß Leuchtmunition. Die Gegenstände waren in Kisten verpackt und wurden auf einem Lagerboden aufbewahrt. Schneider ist Mitglied des Stahlhelm. Auf seinem Grundstück befindet sich die Stahlhelmküche. Bei der Uebernahme der Waffen durch die Polizei wurde festgestellt, daß die Waffen gut eingefettet, die Läufe gepflegt, daß die Waffen Iso in dauernd gebrauchsfähigem Zustande gehalten worden sind. Gegen Schneider ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Der Herr Tischlermeister braucht sich natürlich keine Sorge zu machen. Es gibt doch schließlich noch Richter in Naumburg und Leipzig.

Reichstagsfraktion bereits mit auffällender Höflichkeit attestiert, daß „sie zweifellos geschickt operiert“ habe, was praktisch das Einverständnis mit der Haltung der Reichstagsfraktion bedeutete. In der Tat unterscheidet sich seitdem die Volksstimme in ihrer Schreibweise von anderen parteivorstandsfrommen Blättern nur noch in Nuancierungen und Nebensächlichkeiten.

Noch offenkundiger wurde die eingetretene politische Schwankung im Verhalten gegenüber den ausgeschlossenen Genossen. Wohl erklärte der Bezirksvorstand der SPD Chemnitz-Erzgebirge in einem am 26. September gefaßten Beschluß, „die Verantwortung für die Einheit der Partei liege nicht nur bei den 8 Genossen von der Reichstagsfraktion, sondern „auch bei den Parteinstanzen, die mit der Durchführung dieses Beschlusses (des Parteausschusses) betraut sind“, aber gleichzeitig war diesem Beschluß in der Volksstimme ein Kommentar hinzugefügt, der vom Parteivorstand geradezu als

eine Ermunterung zum rücksichtslosen Durchgreifen

gedeutet werden mußte. Es entsprach demnach auch nur dieser veränderten Haltung, daß die Volksstimme die tags darauf erfolgten Ausschüsse mit keinem Wort kritisierte, sondern sich ausschließlich auf schulmeisterliche Zu-

rechtweisungen der Seydewitzgruppe beschränkte und gleichzeitig noch dem Parteivorstand Material zur nachträglichen Rechtfertigung seines Schrittes lieferte. Ebenso lag es ganz auf der neu eingeschlagenen Bahn, daß die Volksstimme

systematisch alle Protestresolutionen der Mitgliedschaft gegen die Parteinstanzen unterdrückte

und daß in der Pressekommissionssitzung vom 26. Oktober ein Beschluß durchgesetzt wurde, der mir verbot, meine abweichenden Auffassungen zu dem Parteikonflikt zu äußern, nachdem das Bezirkssekretariat schon zuvor stillschweigend ein

Redeverbot

über mich verhängt hatte.

Die obigen Beschlüsse einer Redaktionskonferenz vom 23. Oktober wurden von mir noch am gleichen Tage mit dem Austritt aus der Redaktion beantwortet, dem ich folgende schriftliche Begründung gab:

Werte Genossen!

Unter Berufung auf die am Sonntag, dem 25. Oktober, von der Preßkommission der „Volksstimme“ gefaßte Entschließung hat heute die Redaktionskonferenz beschlossen, die mir bisher zustehende Vertretung des leitenden Redakteurs einem anderen Redaktionsmitglied zu übertragen. Als Grund zu dieser Maßnahme wurde die unter meiner Verantwortung erfolgte Veröffentlichung des Artikels „Rund um Rußland“ nebst den Berichten von zwei sozialdemokratischen Rußlanddelegierten in der Ausgabe vom 21. August d. J. erblickt. Da sich dieser Artikel nachweisbar auf der bisher in der „Volksstimme“ befolgten Linie bewegt, so gestattet der Be-

schluß nur zwei Deutungen. Entweder ist hier ein persönlicher Konflikt innerhalb der Redaktion absichtsvoll in das Gewand einer politischen Kontroverse gehüllt worden — eine Annahme, wofür insbesondere die Umstände sprechen, die seinerzeit zum Weggang meines Vorgängers, des Genossen Rich. Kleinibst, geführt haben —, oder aber die Redaktionsleitung gibt die bisherige Stellungnahme zur Frage Sowjetrußland auf. Das wäre eine derart einschneidende Umstellung in der politischen Haltung der „Volksstimme“, daß es mir unmöglich würde, diese weiter zu decken.

Nicht minder gravierend ist ein zweiter in derselben Redaktionskonferenz gefaßter Beschluß, der ebenfalls auf die vorgestrichene Preßkommissionssitzung zurückgeht. Dieser Beschluß verpflichtet mich, zu dem herrschenden Parteikonflikt zu schweigen, da ich in dieser Frage eine Auffassung vertritt, die derjenigen der Mehrheit der Preßkommission sowie der Redaktion diametral entgegengesetzt ist. Meiner Ueberzeugung nach fällt das Odium der eingetretenen Parteisplaltung entscheidend auf den Parteivorstand, der in einer bei ihm traditionell gewordenen Intoleranz gegenüber der Opposition innerhalb der Partei die Genossen Seydewitz und Rosenfeld kurzfristig aus der Partei gestossen hat. In Konsequenz seiner bisherigen politischen Haltung hatte der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge mehr als jeder andere die Pflicht, durch Ausübung eines entsprechenden Drucks die Ausschüsse zu verhindern bzw. sich für deren Rückgängigmachung einzusetzen. Das ist leider nicht geschehen. Im Gegenteil, der Parteivorstand ist durch gewisse Äußerungen der „Volksstimme“ in seinen Beschlüssen noch bestärkt worden. Es ist darum nur die logische Fortsetzung dieser in der jüngsten Zeit vom Bezirk Chemnitz-Erzgebirge eingeschlagenen Haltung, wenn er nun den Durchbruch einer anderen Meinung in der „Volksstimme“ verhindert. Da dies praktisch auf eine Deckung

Lohnabbau verschoben Der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie

Der Berliner Schlichter hat bei den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens einen Schiedsspruch gefällt, der insofern eine Ausnahme in der ganzen Reihe bildet, als er das Lohnabkommen unverändert verlängert und dem Verlangen der Berliner Metallindustriellen nach Lohnabbau nicht stattgegeben hat. In der Begründung wird die Notwendigkeit einer Senkung der Gesteuerungskosten betont, um die Wettbewerbsfähigkeit der auf Ausfuhr angewiesenen Betriebe aufrecht zu erhalten. Eine weitere Senkung von der Lohnseite her sei jedoch unmöglich. Um die Vorbedingungen dafür zu schaffen, müßten erst die Kosten der Lebenshaltung wesentlich verbilligt werden, wobei die Lebensmittelpreise, die Mieten, die Werks- und Verkehrstarife, die Sozial- und Steuerabzüge sämtlich gemeint seien. Es wird dann erklärt, man wolle erst die Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung abwarten, um dann im Dezember erneut schlüssig zu werden, in welchem Umfange ein Lohnabbau notwendig und durchführbar sei.

Der „Vorwärts“ geizt über diesen Schiedsspruch in helles Entzücken und spricht davon, daß durch diese Schlichterweisheit mit einem Schlage der Vorhang von der Not der Arbeiterschaft hinweggezogen werde. Daß die Berliner Arbeiter hungern, ist bisher tiefstes Geheimnis geblieben, und daß in Berlin die Preise für Straßenbahn, Gas, Elektrizität und die Mieten für die große Mehrheit der Be-

völkerung unerschwinglich sind, wird die für diese Preise verantwortlichen sozialdemokratischen Herren des Magistrats auch jetzt nicht stärker interessieren als bisher.

Der Spruch des Berliner Schlichters hat eine große Bedeutung, aber in anderer Beziehung, als der „Vorwärts“ angibt. Er ist nicht der „Aufschrei eines Gewissens“, wie Stämpfers Schreibgehilfen lyrisch wissen, sondern die glatte Bankrotterklärung der staatlichen Lohnpolitik. Die Angst vor den Folgen hat dieser Schiedsspruch diktiert, die Furcht vor dem Kampfwillen der Berliner Metallarbeiter, der sich in einigen Betrieben in Teilstreiks bereits geäußert hat, die Furcht vor einer raschen und katastrophalen Zuspitzung der gesamten Situation, wie sie ein großer Wirtschaftskampf in der Reichshauptstadt mit sich bringen kann.

Man will einen günstigen Zeitpunkt abwarten für den Lohnabbau und hat daher den Tarif bis Dezember verlängert. Gerade jetzt sind bei den Gemeindearbeitern die Nachverhandlungen zu dem gefällten Schiedsspruch ergebnislos verlaufen, ein Teil der Reichsarbeiter steht bereits im Kampf, die Eisenbahner sind rebellisch. Ueberall gärt und brodelt es, und dazu noch der offene Konflikt in der Berliner Metallindustrie, mit dem bei einem andern Schiedsspruch bestimmt gerechnet werden mußte. Es ist verständlich, daß unter solchen Umständen der Schlichter keinen anderen Schiedsspruch zu fällen wagte, die Flausen

vom Preisabbau und die Hoffnungen auf die Aktion der Regierung Brüning werden als Garnierung zugegeben.

Die Erklärungsfrist zu dem Schiedsspruch läuft bis zum 14. November.

Die Scharfmacher lehnen ab!

Berlin, 10. November.

Der Verband Berliner Metallindustrieller wird den am Montag gefällten Schiedsspruch, der das bisher geltende Lohnabkommen für die Berliner Metallindustrie bis zum 15. Dezember verlängert, nicht annehmen. Bei dieser Sachlage dürfte der Deutsche Metallarbeiterverband die Verbindlichkeitserklärung beantragen. Da aber die Erklärungsfrist erst am 14. November abläuft, ist mit Nachverhandlungen kaum vor Ende der nächsten Woche zu rechnen.

Volk ohne Freiheit

Detmold, 9. November 1931

Das lippische Landespräsidium hat auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit im Freistaat Lippe mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres verboten. Für völlig unpolitische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel kann (!!) die lippische Regierungsabteilung des Innern auf mindestens drei Tage vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zulassen.

der unhaltbaren Beschlüsse des Parteivorstandes hinausläuft, so ist mir die Möglichkeit genommen, noch weiter die Verantwortung für die politische Haltung der „Volksstimme“ zu tragen. Ich lege darum meine Redaktionsstellung mit dem heutigen Tage nieder.
Mit Parteigrüß!

gez.: Weckerle.

Wie bedenklich der Chemnitzer Bezirk entschlossen ist, sich auf die Parteivorstandslinie zurückzuziehen, zeigt nicht nur die in der Pressekommission gerade von dem Bezirksvorsitzenden Karl Böchel und dem Bezirkssekretär Otto Steinert an meinem Rußlandartikel geübte Kritik, die sich an Schärfe in nichts von derjenigen eines reformistischen Gewerkschaftssekretärs aus dem Erzgebirge unterscheidet, der mich zu einem „Anwalt des Bolschewismus“ stempelte — diese völlige politische Schwankung wurde noch ungleich sinnvoller durch die Kritik an meinen regelmäßigen wirtschaftspolitischen Abhandlungen in der Volksstimme. Deren Gesamttenz deckte sich seit Jahr und Tag mit der von mir in dem Krisenbuch der Marxistischen Büchergemeinde gegebenen Analyse, der sogar im „Vorwärts“ eine bemerkenswerte Anerkennung nicht versagt werden konnte. Im „oppositionellen“ Chemnitz dagegen machte — wie sich der Pressekommissionsvorsitzende Bernhard Kuhn in einem kleinen Bezirksverein später ausdrückte — „ein prominent sein wollender Genosse“, der Vorsitzende des Bezirksbildungsausschusses, plötzlich die Entdeckung, daß meine Wirtschaftsartikel die seit sechs Jahren von ihm geleitete Bildungsarbeit „verwirren“, ja, daß ich darüber hinaus

offene Putschtaktik, den Uebergang zum gewaltsamen Umsturz, propagiere.

Die Aufforderung, hierfür konkrete Beweise anzuführen, versetzte diesen Genossen zwar in einige Verlegenheit, aber er entwand sich dieser mit der — bezeichnenderweise von keiner Seite angefochtenen — Feststellung: die Putschpropaganda ergebe sich aus der in meinen Wirtschaftsabhandlungen aufgeworfenen Fragestellung „Kapitalismus oder Sozialismus?“, während die Fragestellung für die Arbeiterschaft in Wirklichkeit laute: „Privatkapitalismus oder Staatskapitalismus?“

Demjenigen, der etwa der Meinung sein sollte, daß es sich hier um einen politischen Scherz „eines prominent sein wollenden Genossen“ handle, sei verraten, daß alle wirklich prominenten Genossen geradezu mit Andacht und Ergriffenheit diese neueste Weisheit vernahmen. Denn alle begriffen: hier war das Brot, mit dem man den geistig Armen der Partei den Mund stopfen, und hier war die Salbe, mit der man den festgefahrenen Wagen aufs neue schmieren zu können hofft.

Wir dagegen können für ein solches Ausmaß an Klarstellung nur dankbar sein. Es ist damit offen bekundet worden, daß der Sozialismus auch für die Opposition der SPD nur noch ein Zierrat im Schmuckkästlein und ein Paradestück für Kundgebungen an Feiertagen ist, nicht mehr aber eine Kampflosung des Alltags und noch weniger eine konkrete Aufgabe der Gegenwart.

Damit war für mich das Band zur Sozialdemokratie zerrissen.

Mein Weg zur SAP bedarf keiner besonderen Erklärung. Ich war mit den Begründern dieser neuen Partei weltanschauungsmäßig von jeher aufs engste verbunden und brauche keine meiner bisherigen Auffassungen abzuschwören, noch mir irgendwelche geistige Beschränkungen auferlegen. Darüber hinaus bin ich der Ueberzeugung, daß die SAP eine historische Notwendigkeit geworden ist und eine große geschichtliche Mission zu erfüllen hat.

Wir stehen in dem gewaltigsten gesellschaftlichen Beben der letzten Jahrhunderte. Der Kapitalismus ist entzaubert. Erschreckt ergreifen Millionen und aber Millionen die Flucht!

Wohin? Fast ausschließlich zum Faschismus! Warum? Weil die Sozialdemokratische Partei durch ihre traditionelle Politik des Zögerns, des Zauderns und der verzichtenden Servilität gegenüber den herrschenden Mächten vor den neu ins Proletariat stoßenden Massen

den Sozialismus vollkommen diskreditiert hat. Aegerer noch: auch breite Teile ihrer bisherigen Gefolgschaft werden sich von der

Reichswehr in Not

Die Fundamente der bürgerlichen Klassenmacht wanken

Das Reichswehrministerium gibt folgendes bekannt:

„In den letzten Monaten hat die von kommunistischer Seite gegen die Wehrmacht gerichtete Zersetzungstätigkeit außerordentlich an Umfang und Intensität zugenommen. Seit Mitte Juli des Jahres sind nicht weniger als vierzig verschiedene kommunistische Zersetzungsschriften sowie zahlreiche Plakate und Zettel der gleichen Art in mehr als 200 Fällen in Tausenden von Exemplaren durch die Kommunisten in den Kasernen verbreitet oder einzelnen Soldaten zugestellt worden. In allen Fällen (die bekannt wurden!) D. Red.) wurde das Material den Vorgesetzten abgeliefert. Außerdem konnten 26 Zettelverteiler im gleichen Zeitraum von der Truppe auf frischer Tat ertappt und der Bestrafung zugeführt werden. Ein Erfolg ist der kommunistischen Zersetzungstätigkeit nach wie vor nicht beschieden gewesen. Die Zahl der Fälle, wo Soldaten einer Beeinflussung unterlagen, ist verschwindend gering. Die Truppe wird auch in Zukunft allen weiteren Zersetzungsversuchen mit größter Aufmerksamkeit und Energie entgegenzutreten.“

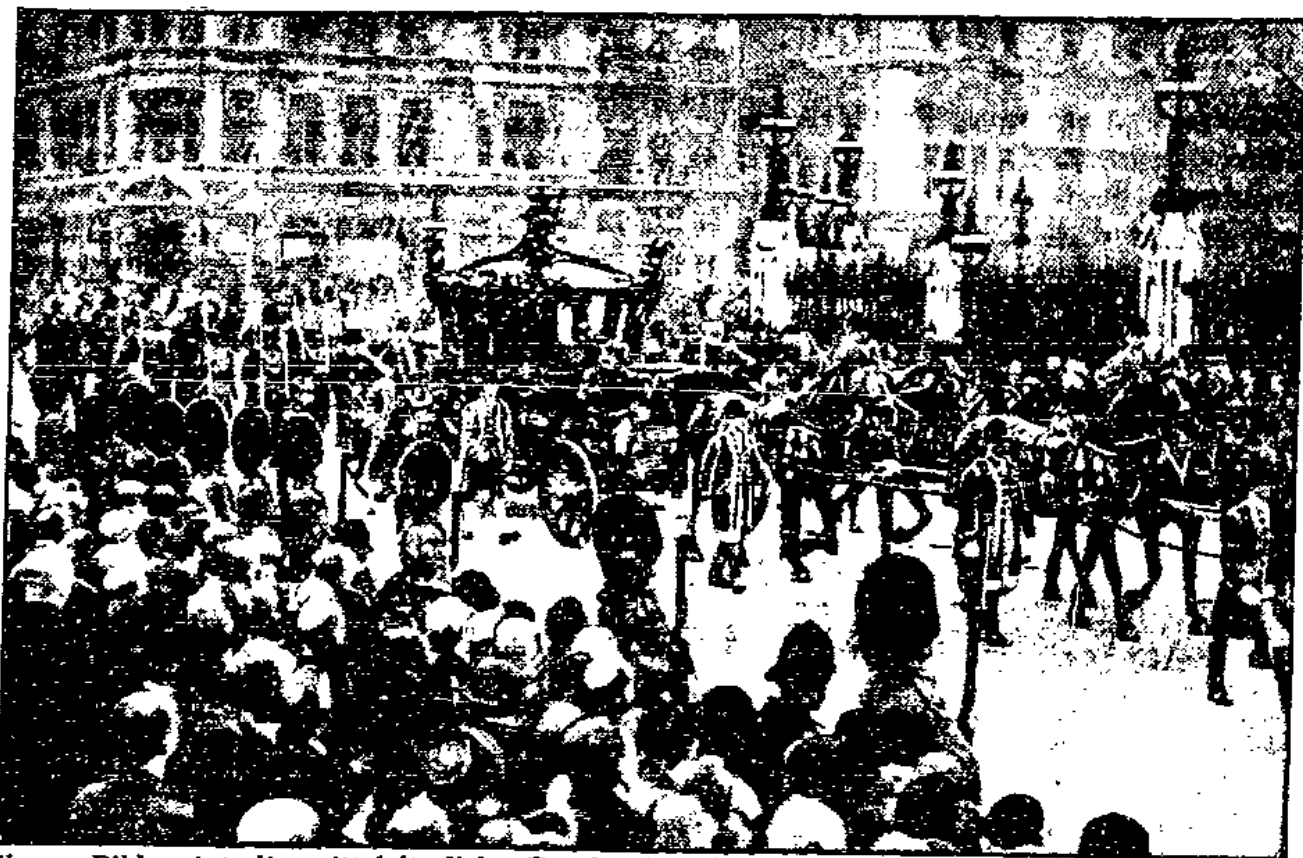
Zur energischen Abwehr der gesteigerten Zersetzungstätigkeit enthält bereits die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 erheblich verschärfte Strafbestimmungen. Vor dem Reichsgericht in Leipzig laufen

zur Zeit zahlreiche Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.“

Arme Reichswehr! Es muß schlecht bestellt sein um ihre innere Stabilität, wenn sie solche Angst vor einigen kommunistischen Flugblättern hat! Nicht einmal die wahrhaftig schon genügend scharfen Bestimmungen der bürgerlichen Klassenjustiz reichen aus, die Reichswehr vor dem Eindringen des proletarischen Klassengeistes zu schützen. Und die Bourgeoisie fürchtet mit Recht, daß dadurch dieser Pfeiler der kapitalistischen Klassenmacht gesprengt werden müßte. Nur die schärfste Isolierung der Wehrmacht vom täglichen Klassenkampf des Proletariats bietet der Bourgeoisie noch einen Hoffnungsschimmer, es könne ihr gelingen, die Wehr als Klasseninstrument intakt zu halten. Je weiter aber die Zuspitzung des Klassen Gegensatzes fortschreitet, je mehr dieser alle kleinsten Ereignisse des Tages zu beherrschen beginnt, um so illusorischer wird diese Hoffnung. Indem das ökonomische Fundament der kapitalistischen Gesellschaft zu wanken beginnt, werden auch ihre machtpolitischen Stützen sturmreif. Zum Sturm allerdings bedarf es des zielklaren politischen Sturmwillens der Arbeiterklasse. Flugblätter allein genügen da nicht. Es bedarf dazu der politischen Sammlung des Proletariats, an der die kommunistische Politik so jämmerlich gescheitert ist. Hier liegt unsere große Aufgabe!

Im konservativen Stil

Eröffnung des englischen Parlaments



Unser Bild zeigt die mittelalterliche Pracht, die auch in diesen Zeiten der Not und Krise der Tradition getreu in Großbritannien erhalten blieb. Als Mac Donald sich in die lächerliche Staatsuniform warf, symbolisierte er damit die Unterwerfung unter das bürgerlich-kapitalistische Regiment. Die unglückliche Fortsetzung einer unglücklich begonnenen Politik.

SPD entsetzt und hoffnungslos ab und verfallen dem Indifferentismus, wenn sie nicht gar ebenfalls in das Lager Hitlers stoßen.

So steht der Sozialismus in Gefahr gerade in derjenigen Stunde alle Werbekraft zu verlieren, in der die geschichtliche Entwicklung ihn allein berufen hat, die Massen aus den drückenden Ketten des Kapitalismus zu befreien, und den Weg zu dauerndem Wohlstand und Glück zu öffnen. Der SAP fällt die Aufgabe zu, daß erschütterte Vertrauen in den Sozialismus wieder herzustellen und Wegbereiterin in die neue Gesellschaftsordnung zu sein. Ihr allein gilt darum mein künftiges Wirken. Ich hoffe, daß alle, mit denen mich seit Jahren eine Gemeinsamkeit des Denkens und Willens verbindet, diesen Schritt nicht nur verstehen, sondern mir auch auf dem eingeschlagenen Wege folgen und mithelfen werden, das Tor zum Sozialismus aufzustoßen.

Ihnen allen und meinen neuen Kampfgefährten ein zuversichtliches Freundschaft!
Eduard Weckerle.

Terror in Leipzig und Bremen

Reifende Früchte der Tolerierung

Leipzig, 10. November 1931.

Am Montag, kurz vor Mitternacht, ereignete sich in Leipzig-Plagwitz ein schwerer politischer Zusammenstoß. Ein Trupp Nationalsozialisten, die von einer Versammlung aus der Albert-Halle zurückkehrten, begegnete einer Anzahl Kommunisten, die sich in der Weißenfischer Straße angesammelt hatten. Es kam zu Tötlichkeiten, so daß die Polizei einschreiten mußte. Die Beamten gingen mit dem Gummiknüppel und mit Schüssen gegen die Menge vor, die allmählich auf etwa vierhundert Personen angewachsen war. Die Ansammlung wurde schließlich zerstreut. Fünf Nationalsozialisten wurden festgenommen, ebenso ein verletzter Reichsbannermann, der Schläge auf den Kopf erhalten hatte. Die dem Polizeipräsidium zugeführten Personen wurden in Haft behalten.

Bremen, 10. November 1931.

Im Anschluß an eine nationalsozialistische Kundgebung überfielen hier gestern Nationalsozialisten mehrere Angehörige des Reichsbanners. Ein Nationalsozialist kam dabei ums Leben. Mehrere Personen, deren genaue Zahl aber noch nicht feststeht, erlitten Verletzungen, die durchweg leichter Natur sein sollen. Im Verlaufe des Abends kam es außerdem noch zu kleineren Reibereien an verschiedenen anderen Stellen der Stadt. In Verfolg der Ausschreitungen wurde auch eine Durchsuchung des Volkshauses (natürlich! nicht etwa des nationalsozialistischen Hauptquartiers! D. R.) in Bremen vorgenommen, wo Schlagwaffen beschlagnahmt wurden.

Schneidemühl, 9. Nov.

In der Nacht zum Montag wurden in Ratzeburg auswärtige und ortsansässige Kommunisten, die dort ein Treffen abgehalten hatten, von Nationalsozialisten und Stahlhelmern in einer blutigen Schlägerei überfallen. Einige erlitten schwere Verletzungen. Die Polizei konnte erst nach längerer Zeit die Ruhe wieder herstellen.

Groener zensiert.

Eine Tragikomödie

I. Das Vorspiel.

So zahlreich der Vortrag des Reichsbannerführers Hötermann im Berliner Rundfunk am Montagabend auch war, dem Reichsinnenminister ist Brügers „Neuster Sohn“ offenbar noch zu radikal. Nachdem Hötermanns Manuskript dem Ueberwachungsausschuß vorgelegt hatte und mit den Stimmen der beiden preußischen Vertreter gegen den Reichsvertreter genehmigt wurde, setzte sich der letztere sofort mit Gröner in Verbindung, der an den preußischen Ministerpräsidenten ein Schreiben richtete, worin es heißt, er sei nach Einsichtnahme des Manuskriptes zu der Ansicht gekommen, daß der Vortrag parteipolitischen Charakter trage, und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht in Einklang zu bringen sei.

II. Die Komödie.

Und nun beginnt die Komödie. Der Brief soll um 16.20 Uhr im preußischen Staatsministerium abgegeben worden sein. Staatssekretär Weißmann erklärt jedoch, der Brief sei erst um 19 Uhr in seine Hände gelangt, also zu einer Zeit, als der Vortrag bereits stattgefunden hatte.

III. Pause.

Jetzt bleibt die Frage offen: Wird der Reichsinnenminister mit Roß und Reisinger gegen Preußen ziehen? Oder wird er sich zu Frieden geben, weil schließlich Hötermann kein solcher Hundsfott ist, der gegen die Republik streikt.

Jedenfalls erklärt Gröner, daß die jetzige Rundfunkorganisation unmöglich sei, und daß er entscheidende Schritte zur Aenderung des bestehenden Zustandes zu erwende. Die Interessen des Reiches seien bei der jetzigen Zusammensetzung der Ueberwachungsausschüsse nicht genügend gewahrt.

Wahrscheinlich werden die aktuellen Reden immer erst über das Reichswehrministerium zum Innenministerium geleitet werden müssen, sodaß Revolutionsberichte von 1848 gerade im Instanzenzug aktuell sein dürften.

Der neue Noske-Kurs

Am 17. November findet im Reichsinnenministerium eine Konferenz der Innenminister der Länder statt, die sich mit der innerpolitischen Lage beschäftigen wird. Insbesondere werden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung besprochen.

Es geht dem Winter zu!

Steigende Arbeitslosenziffern.

TU. Berlin, 10. November

Die Zahl der Arbeitslosen ist bis zum Stichtag des 30. Oktober auf 4 622 000 gestiegen, was gegenüber der letzten Berichtswoche eine Vermehrung von 138 000 bedeutet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich um 43 000 auf 1 185 000 vermehrt, die Krisenunterstützten um 58 000 auf 1 350 000.

Breslauer Metallarbeiter wollen weiterstreiken

Breslau, 10. November.

Am Dienstag vormittag fand unter dem im Streik befindlichen Breslauer Metallarbeitern eine Urabstimmung über den Schiedspruch statt, an der sich 1580 Metallarbeiter beteiligten. Für die Weiterführung des Streikes sprachen sich 1500 Arbeiter aus, zur Wiederaufnahme der Arbeit waren 20 bereit, 10 Stimmentzettel waren ungültig. Die Arbeitgeber nahmen den Schiedspruch an und werden Verbindlichkeitserklärung beantragen.

Gottes Segen für kapitalistischen Massenmord

Der Berliner Bischof Schreiber sprach auf einer Tagung katholischer Friedensfreunde über das Thema „Krieg und Frieden“. Er erklärte dabei u. a.: „Wir verurteilen und verfluchen nicht jeglichen Krieg. Wir kennen vielmehr auch einen gerechten Krieg, den Krieg der Notwehr eines Staates gegen unbefugte Eingriffe äußerer Feinde, die seinen Bestand und berechtigte Entwicklung bedrohen. Der gerechte Krieg ist sittlich erlaubt, ja sogar sozial-ethische Pflicht. Eine Teilnahme an dieser kann darum zu hohem Verdienst werden. In diesem Sinne verherrlichen wir unsere im Weltkrieg gefallenen Soldaten.“

Das Kreuz ist also schon wieder gezücht, um das Schwert zu segnen. Und das Ganze ist die „Friedenspolitik, um deretwillen angeblich auch Brüning toleriert werden muß.“

Generalstreikbewegung in Spanien

Gegen die Rechtspropaganda

TU. Madrid, 9. November.

In Almeria riefen die syndikalistischen Gewerkschaften den Generalstreik aus. Die Hafenarbeit ist brachgelegt. Die Regierung erklärt, gegen den ungesetzlichen Streik mit allen Mitteln vorgehen zu wollen. Bei den Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei gab es drei Schwerverletzte.

In Burgos haben die Sozialisten zur Bekämpfung der Rechtspropaganda den Generalstreik ausgerufen.

Die Sozialdemokratische Partei als Hüterin der bürgerlichen Ordnung

Die „Bayerische Volkszeitung“, das Zentralorgan der Bayerischen Volkspartei, schrieb kürzlich das folgende, das sowohl für die Stellung des Zentrums zum Nationalsozialismus wie als Urteil des Klassenfeindes über die Politik der SPD von Bedeutung ist:

„Unsere Antwort auf die neue Frage „Brüning und Hitler?“ heißt also keineswegs „nein“; sie muß aber vorläufig noch heißen: „vielleicht, wenn...“ Das Zentrum hat es verstanden, die Sozialdemokratie in Koalitionen zu erziehen, sie aus einer revolutionären Partei zu einer Hüterin der bürgerlichen Ordnung gegen den Bolschewismus zu machen. Wird eine ähnliche Erziehungsarbeit der NSDAP ähnlich fruchten? Die Zu-

sammenarbeit mit der Sozialdemokratie war möglich, insoweit die Sozialdemokraten in kulturpolitischer Hinsicht unseren Forderungen entgegenkamen; man denke nur an das Konkordat! Sie war möglich, weil sie in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht sich auf eine Einigung auf mittlerer Linie einließ und die Verwirklichungen der marxistischen Staats- und Eigentumslehre auf eine ferne Zukunft vertagte.“

Wir aber wollen diesen Kampf nicht vertagen, sondern heute führen; wir wollen nicht Hüterin bürgerlicher „Ordnung“ sein, sondern Sturmtrupp zum Sturz der kapitalistischen Unordnung!

Devisen-Hamsterlager

Bei einem Metzger und Viehhändler in Kirchseiffen (Eifel) wurden bei einer unvermutet vorgenommenen Haussuchung im Geldschrank erhebliche Mengen von Devisen, wie es heißt im Werte von über 50 000 Mark, beschlagnahmt.

Malerarbeiten gegen Lebensmittel

Ein Soldiner Malermeister veröffentlicht folgendes zeitgemäßes Inserat: „Malerarbeiten gegen Lebensmittel! Z. B.: Küche, Decke und Wände mit schönem Fries = 1 Ztr. Roggen, drei Fenster streichen und lackieren = 1 Ztr. Roggen, drei Türen streichen und lackieren = 1 Ztr. Roggen usw.“ Der Meister erklärt, daß der Mangel an barem Gelde die Ackerbürger und kleinen Landarbeiter davon abhalte, Aufträge zu vergeben, daß sie sich aber entschließen würden, mit der einen oder anderen dringenden Arbeit den Maler in Brot und Nahrung zu setzen, wenn ihnen die Möglichkeit geboten würde, dem Handwerker das Entgelt in Naturalien zu liefern.

Unterschlagungen nach dem Tode aufgedeckt

WTB Bayreuth, 10. November. Vor einigen Tagen starb hier der Buchhalter der hiesigen Metzgergenossenschaft. Als jetzt eine eingehende Revision der Geschäftsbücher vorgenommen wurde, stellte es sich heraus, daß der Buchhalter jahrelang Unterschlagungen begangen hatte. Der Verlust der Genossenschaft beläuft sich auf etwa 20 000 Mark.

Eisenstraßen in England

Vor einem Jahr machte eine englische Straßenbaugesellschaft bei Nottingham den Versuch, eine stärksten Verkehr ausgesetzte Straßenstrecke mit Eisenplatten zu pflastern. Auf einer guten Gründung wurde eine zehn Zentimeter starke Betondecke aufgebracht, auf welche die Eisenplatten gelegt wurden. Bis heute konnte trotz stärksten Verkehr keinerlei Abnutzung oder Zerstörung festgestellt werden. Infolge dieses Ergebnisses sind nunmehr weitere Versuchsstrecken bei West Ham und in Worcester ausgeführt worden. Die Eisenplatten haben, so schreibt die „Verkehrstechnik“, die Form eines gleichseitigen Dreiecks mit dreißig Zentimeter Seitenlänge bei fünf Zentimeter Stärke. Um das Gewicht zu vermindern, haben die Platten Schüsselform mit verstärktem Rücken. Auf die Betonlage wird eine geeignete Bitumenmastixschicht aufgebracht, in welche dann die Eisenplatten versetzt werden. Die Gesellschaft weist darauf hin, daß es sich keinesfalls um ein Experiment handele, da wir seit Jahrzehnten eiserne Schachtdeckel, Kanaleinfläufe haben, die kaum eine Abnutzung zeigen, wenn der sie umgebende Straßenkörper längst schadhafte oder zerstört sei. Die Platten können rasch und leicht verlegt, der Verkehr nach Fertigstellung des Pflasters sofort über die Decke geleitet werden. Die Plattenoberfläche ist so ausgebildet, daß sie weder schlüpfrig wird, noch sonst Unbequemlichkeiten für Fahrzeuge oder Fußgänger bilden kann. Ferner werden Reinigungs- und Unterhaltungskosten gespart.

Tuberkel-Jammer

Der Stand des Calmette-Prozesses

(Eigener Bericht der „SAZ“)

F. Lübeck, 10. November.

Einen großen Anteil an der Ausfüllung der vierten Verhandlungswoche im Lübecker Calmette-Prozess hatte Prof. Schürmann. Er führte in einem wissenschaftlichen Vortrag mit Lichtbildern die Laien in den Tuberkel-Jammer ein. Dann gab er dem Gericht einen genaueren Bericht über die Ergebnisse, die er durch seine Untersuchungen an den gestorbenen Calmette-Kindern gewonnen hatte. Es steht danach fest, daß die Kinder

nahezu 100prozentig an Fütterungstuberkulose gestorben sind.

Wie die Kleinen gelitten haben, mag der Bericht eines Sachverständigen zeigen, der an dem Körper des geimpften Kindes keine heile Stelle mehr fand, um die Tuberkulin-Proben machen zu können. Außerdem ergaben die Verhandlungen, daß die vielen tausende Mark, die der Lübecker Staat Herrn Dr. Genter zahlte, umsonst ausgegeben sind, denn das Genter-Mittel hat die Kinder nicht wieder gesund gemacht, sondern in einigen Fällen noch den Tod beschleunigt oder dauernde Schädigungen hinterlassen.

An dem Fall Genter sehen wir vielleicht das Gesicht der kapitalistischen Medizin, die Geld schluckt, aber nicht heilt. Diesen Vorwurf erhebt ja Prof. Friedmann auch im letzten Heft des „Tagebuch“ gegen die Calmette-Koalition. Es ist schon richtig: man sollte den Lebensstand der Arbeiterschaft heben, sollte gesunde Wohnungen schaffen, den Säuglingen Milch geben statt Calmette, dann würde der Tuberkulose wirksam begegnet.

Und das gerichtliche Ergebnis der vierten Woche? Es geht noch immer langsam vorwärts. Zu Beginn der Woche stand fest, daß die Anklage sich durch die Aussagen der Hebammen, die den Impfstoff verteilt haben, verdichtete. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung, nachdem bereits die ersten Todesfälle vorlagen. Deyke und Altstadt haben nicht sofort den Impfstoff eingezogen, sondern das

Gift ging weiter. Aber die Anklage erweiterte sich durch die Aussagen des Dr. Hamel vom Reichsgesundheitsamt auch darauf, daß die Verantwortlichen bei der Einführung des Calmette-Verfahrens fahrlässig handelten. Darum beantragten die Vertreter der Eltern Erweiterung der Anklage. Es ist anzunehmen, daß das Gericht sich dem anschließen wird.

Neben den Feststellungen im Gerichtssaal tobt draußen der wissenschaftliche Streit um Calmette weiter. Ist der Bazillus Calmette-Guérin schädlich, unwirksam oder wirkt er tatsächlich gegen die Tuberkulose? Viele geben Antworten darauf, aber die Leute vom Schlage der Nazis und des „Friederichs“ haben das Rätsel gelöst: Calmette ist ja Franzose. Er hat das Gift geschickt, um uns Germanen zu vernichten.

Man ist von Anfang an äußerst milde gegen die Lübecker Ärzte vorgegangen. Man prüft auch jetzt lange hin und her. Vielleicht ist das richtig so. Aber eigentümlich berührt dann doch, wenn man von dem bei der Arbeiterschaft so beliebten Arzt Dr. Freudenberg, der wegen des § 218 plötzlich verhaftet wurde, noch nichts hört, nachdem er schon länger als eine Woche in Lübeck in Haft sitzt...

Zu erregten Tumulten

kam es in der Verhandlung am Dienstag vormittag. Rechtsanwalt Dr. Darboven, der Verteidiger der Schwester Anna Schütze, erklärte, es sei wesentlich, daß der Sachverständige Mögling in jedem Falle feststelle, ob nur eine leichte Infektion erfolgt sei, denn eine solche, die zu einer Immunisierung führe, könne doch zu einer Wohltat für die betroffenen Kinder geworden sein. Auf diese Äußerung hin erhob sich aus den Kreisen der Eltern lebhafter Zuruf: „Schöne Wohltat! Unerhört!“ In der weiteren Folge steigerte sich die Erregung der Eltern noch mehr, und die Sitzung mußte vertagt werden.

Explosion im Steinbruch

Sechs Tote

In einem Steinbruchbetrieb in Hauenstein (Bezirk Pirmasens) ereignete sich am Montag nachmittag ein schweres Explosionsunglück. Ein abgesprengtes Felsstück spaltete sich, und eine Hälfte begrub fünf Arbeiter unter sich. Sämtliche wurden getötet. Ein Landwirt aus Wemersberg erlitt bei der Explosion einen Nervenschock und starb auf den Transport ins Krankenhaus.

Ueber den Hergang des Unglücks wird noch berichtet: Etwa fünf Minuten vor fünf Uhr nachmittags sollte in dem unweit des Ortes gelegenen Steinbruch noch eine Sprengung vorgenommen werden. Da die Entzündung der

Sprengstoffladung sich verzögerte, gingen zwei Arbeiter zur Sprengstelle, um die Ursache der Verzögerung festzustellen. Im gleichen Augenblick erfolgte die Explosion und warf einige hundert Kubikmeter Erde und Geröll auf. Die beiden Arbeiter flogen in die Luft und wurden in Stücke gerissen. Eine Passantengruppe, die auf einem Fahrweg unterhalb des Steinbruches stand, wurde von Sand und Steinen überschüttet. Dabei kamen drei Personen ums Leben und mehrere wurden mehr oder minder schwer verletzt. Der Ort bietet ein Bild wüsten Durchcheinanders; Bäume liegen entwirrt oder umgeknickt umher, Felsblöcke sind abgebrochen und eine große Sandlawine hat sich über den Fahrweg ergossen.

Sturm im Kanal

TU. London, 10. November. Der englische Kanal wurde am Montagabend wiederum von einem schweren Sturm heimgesucht. Die Seen gingen hoch über die Hafenanlagen von Dover und Folkestone hinweg. Auf den Scilly-Inseln wurde eine Sturmgeschwindigkeit von rund 100 Stundenkilometern aufgezeichnet. Der Sturm legte buchstäblich eine Anzahl von Dächern hinweg. Die Ziegel flogen Hunderte von Metern weit.

Ermordung eines Gefängnis-aufsehers

CNB. Iglau, (Böhmen), 10. November. Aus dem Gefängnis sind fünf Schwerverbrecher ausgebrochen, nachdem sie einen Gefangenenaufseher ermordet und beraubt hatten. In einer erbrochenen Zelle fand man die Leiche des Inspektors, um dessen Hals ein Lederriemen gezogen war. Von den Entwichenen fehlt jede Spur.

Massenmord bei Sofia

CNB. Sofia, 9. November. In Komaritz bei Sofia überfiel ein kürzlich aus dem Gefängnis entlassener Mann namens Zdravko Ribaroff in einem plötzlichen Anfall von Bessensheit die Bauern Manoloff und Lazaroff, mit denen er Streitigkeiten gehabt hatte, und ermordete sie. Darauf fiel er einen Greis namens Dekoff an, der ihm zufällig in den Weg gelaufen war, und verletzte ihn schwer. Als der Mörder von der Bevölkerung verfolgt wurde, verharrte er sich in einem Hause und verübte weitere Bluttaten, indem er eine Frau und einen Greis mit Beilieben tötete und mehrere Kinder verwundete. Die Gesamtzahl seiner Opfer beläuft sich auf rund zehn Personen. Schließlich entfloh Ribaroff aus dem Hause, ohne daß die Polizei ihn hätte fassen können.

Der Kapitalismus am Pranger

Briketts aus gepreßten Kaffeebohnen

Einer Reutermeldung aus Rio de Janeiro zufolge beabsichtigt die brasilianische Regierung, auf ihren Eisenbahnen Briketts zu verfeuern, die aus gepreßten Kaffeebohnen hergestellt werden. Bisher waren die Vorräte an Kaffee ins Meer geworfen worden.

Das kleinste Wirbeltier

Das kleinste Wirbeltier gehört zu einer Fischart, die der Ichthyologe Dr. Herre in der Umgebung von Manila, auf den Philippinischen Inseln, kürzlich entdeckte. Es führt den wohlklingenden Namen „pandaca pygmaea“. Seine Männchen erreichen eine Länge von 7,5 bis 9 Millimeter, während die Weibchen mit einer Länge von 10 bis 11 Millimeter den Männchen über den Kopf gewachsen sind.

DER GAST

Von Anna Karawajewa

(Copyright by Malik-Verlag, Berlin)

8. Fortsetzung.

Iwan grunzte verächtlich: „Die Her—r—en? Ich bin auch ein Herr, nicht?“

„Versteht sich.“

„Sieh mal an! ...“

In seinen blaßblauen Augen sprangen Funken. Jetzt wurde er böse und frech:

„Wenn ich hier der Herr bin, wieso darf ich dann nicht arbeiten, wieviel ich will? Ich möchte schon anfangen, wenn's hell wird, nicht? Aber mich, den Herrn, den wollen sie nicht reinlassen.“

„Ein komischer Mensch bist du. Der Betrieb muß nach festen Regeln leben: zur gleichen Zeit anfangen und aufhören.“

Er hörte kaum zu und flitschte böse die Zähne:

„Die Her—r—en... Und wieso kann ich nicht für mich selber arbeiten? Brauch ich denn viel, Herrgott nochmal, nicht? ...“

Kolossow zupfte zornig an seinem grauen Schnurrbart. Angesichts dieser begriffsstutzigen Schlafmütze hätte er gern zwei Dutzend Jahre vom Buckel schmeißen und wie ein ganz junger Bursch aufbrausen mögen:

„Wenn wir nach deinem Rezept leben würden, könnten wir alle krepieren! ... im Jahr 21 haben wir die Fabrik in Ordnung gebracht... Weißt du, wie? Halbergrütze haben wir gefressen, die Riemen um den Bauch haben wir festgeschnallt, haben aber

die Bude eingerichtet... Da raucht sie! Für alle ist das gemacht, nicht aber nur für die eigene Nase... Was du bloß für dich machst, das wird immer schlechter, als wenn du's für alle machst...“

„Ja—a... Erzähl weiter... Richtiger gibt's nix, als wenn...“

Kolossow hatte wieder Lust, eine Bresche in dieses stachelige Dickicht zu schlagen.

„Ach... Wart's ab, wenn wir erst können, dann werden wir euch die Ruhe austreiben und euch Leben in die Bude bringen! Einen Fluß habt ihr, sagst du? Rasch ist der?... So—o... Dort muß eine elektrische Mühle hin, und eine Steinbrücke! Ach... Im Gehirn, in eurem Schädel, da muß man alles anders machen, das wird dann großartig! ...“

Der Alte fing wieder an sich zu ärgern und aufzubaufen, der Junge aber stapfte schweigend und unbeholfen schwankend über den Asphalt, als hielten ihn die unsichtbaren Bande des Schlafs.

Einmal stoppte plötzlich die ganze Arbeit: es fehlte an Material. Kolossow erblickte den aus vollem Hals gähnenden Iwan und sagte: „Komm in die Tapezierwerkstatt, sieh dir's mal an.“

Kolossow arbeitete an der großen Bestellung einer Bank, mehrere Dutzend Sessel waren zu beziehen.

Iwan sah eine Zeitlang ununterbrochen zu, wie Kolossow das dunkelbraune Leder über die weichen Sitze und Lehnen spannte. Dann sagte er bedauernd:

„Na, wie du das Leder versaust...“ Freundlich, als ob es lebendig wäre, drückte und streichelte er das weiche, knisternde Leder. „Daraus, da sollte man Schafstiefel für die Feiertage machen, nicht?“

„Hu hu... Die gingen nicht kaputt!“ sagte Kolossow prahlend. „Kostet auch jeder Sessel, billig gerechnet, fünfzig Rubel oder noch mehr.“

Iwan zwinkerte ganz verdattert:

„Fünfzig Rubel!... Herrgott noch mal! Bei uns in Lewochina, da haben alle zusammen nicht so viel Geld! nicht?“

Kolossow machte es aus irgendeinem Grunde Spaß, ihn stauen zu lassen.

„Na, du bist schon ein Kerl... Le—wo—china! Das vergleichst du mit der Bank. Die haben tausend solche Häute gekauft, und das macht denen gar nichts... Das ist doch eine Bank, eine Staatseinrichtung, die haben kolossale Gelder, mit denen gehen sie um...“

Iwan drückte wieder das Leder und dachte mit halb offenem Munde über irgend etwas nach; seine Augen wurden trübe, als ob er betrunken wäre.

„Ja, Geld gibt's in der Stadt 'nen Haufen, nicht so wie bei uns.“

An die Hobelbank stellte er sich träge, mit schwerem Kopf. Sogar die Nachbarn bemerkten es.

„Was ist, Steligin, willst du's zum dritten Mal hobeln?“

Er lächelte schief:

„Bin verdreht, nicht?... Irgendwas steckt mir im Schädel...“

Es kam ihm so vor, als hätte er noch immer den säuerlichen Geruch des weichen, blanken Leders in der Nase. Ein ganzer Haufen davon liegt in der Ecke, Stück auf Stück, fein zusammengelegt. Dieser säuerliche Geruch erinnert ihn an Waldhimbeeren, an Awdonka, an das neue Haus, an die Hochzeit vor Philippi und an den warmen, in der Sonne

dampfenden Rücken des Wallachs und an die Erde, wie sie locker und still daliegt...“

„Bloß zwei solche Häute... dann könntest du alle Löcher damit zustopfen... und wer hätte denn da den Schaden?... Der Staat ist reich, bei dem lang't's. Bloß zwei, zweie nur, und was kann man dafür alles anschaffen!“

Die ganze Nacht wälzte sich Iwan hin und her und konnte nicht einschlafen. Das war ihm noch nie passiert. Verwirrte Gedanken brannten ihm im Hirn.

„So schmeißen die mit Geld rum... Und das Volk sitzt ohne Haus, ohne Pferd, nicht? Die Her—r—en... Ja... Ihr setzt euch wohl auf Tausender, nicht, und ich soll die Awdonka auslassen? Ich soll ohne Haus dazusetzen?“

Er warf sich schweißtriefend herum und verspürte einen seltsamen, quälenden Durst.

Gegen Morgen, als er eindöste, erblickte er sich im Halbschlaf mit zwei Häuten unter dem Mantel. Sie singen und knarren an seiner Brust und schmiegen sich freundlich an den Körper. Der Wirt im Gasthof wird sie nur mit brennenden Augen ansehen, wird sie abtasten, beriechen und ihm den herrlichen Preis ins Ohr flüstern. Hundert, hundert Rubel... Mit dem verdienten Lohn zusammen langt das für das Haus, zum Kleid für Awdonka, und auch für den Wallach.

Die Straße lärmt, der Asphalt war heiß, Funken stoben aus den Spiegelscheiben der Schaufenster.

Iwan Steligin schritt dahin, naß vor Schweiß; in seinem Kopf ging alles durcheinander, sein Herz war bange und bedrückt, — man muß irgend etwas anstellen, dann wird's leichter werden.

(Fortsetzung folgt)

Wirtschaft und Arbeit

Schatten über der Schweiz

Die Hintergründe des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages

... im November 1931.

Gleich einem Idyll der Beschaulichkeit und Geruhsamkeit empfängt die Schweiz den deutschen Großstädter. Keine aufgeregten Menschengruppen mit abgehärmt Gesichtern gehen den Straßen das Gepräge. In der gesamten Schweiz werden noch keine fünfzig Tausend Arbeitslose gezählt. Allenthalben stößt man auf hohe Gerüste. Es wird noch gebaut und geplant, und fast will es scheinen, daß die kommenden Wogen der Weltkrise an den Bergmassiven dieses Landes wirkungslos zerbrechen.

Doch dieser erste Eindruck täuscht. Auch über der Schweiz ballten sich die Schatten der Krise zu immer bedrohlicher werdender Intensität, wenn auch das äußere Bild davon noch nicht berührt erscheint. Schon ein flüchtiger Blick in die Zeitungen belehrt darüber. Ein stehendes Klagelied ist die Lage in der Uhrenindustrie. Einmal die meistblühende Exportindustrie des Landes, liegt sie heute fast vollkommen darnieder. Bedeutendste Betriebe von selbst solchen Unternehmungen, die vor noch gar nicht langer Zeit ein unbestrittenes Monopol auf dem Weltmarkt hatten, sind stillgelegt, und erst vor wenigen Wochen ist eine großzügige Hilfsaktion des Staates zur Rettung dieser Industrie vor dem völligen und endgültigen Zusammenbruch beschlossen worden.

Auch hier also das Versagen des privatwirtschaftlichen Systems? Zu einem großen Teil dürfte der Niedergang der schweizerischen Uhrenindustrie bestimmt auf persönliche Mängel ihrer Lenker zurückzuführen sein, aber letzten Endes vollzieht sich an ihr eben doch nur dasselbe Schicksal, dem im Kapitalismus mehr oder weniger jedes Gewerbe ausgesetzt ist, das entscheidend auf der Geschicklichkeit von Gründen beruht. Gedrängt durch den in fortgesetzter Steigerung begriffenen Wettbewerb wurden die Hände in ständig wachsendem Maße durch Maschinen ersetzt, womit auch die Uhrenherstellung ihre bisherige Bindung an eine in Generationen erworbene Geschicklichkeit verlor. So hat die Maschine das ehemalige Uhrenmonopol der Schweiz bis zu seiner völligen Auflösung unterhöhlt. Der Kapitalismus — das ist der tieferer Sinn der Krise in der schweizerischen Uhrenindustrie — hat keine Verwendung mehr für besondere Berufsgeschicklichkeit. Er hat diese disqualifiziert und damit auch die Grundlagen der schweizerischen Uhrenindustrie selbst untergraben.

Noch aus einem anderen Winkel ziehen die Schatten herauf. Wie kein zweites Land des europäischen Kontinents ist die Schweiz auf Fremdenverkehr eingestellt. Die landschaftlichen Schönheiten dieses Landes haben fast überall wahre Hotelstädte entstehen lassen mit allen dazugehörigen luxuriösen Bequemlichkeiten. Alle diese Einrichtungen dienen fast ausschließlich dem vermögenden Ausländer. Die schweizerische Bevölkerung hat daran nur insofern Anteil, als sie das Dienstpersonal für diese Fremdenindustrie stellt. Eine andere Nutznießung ist schon durch die hohen Preise, die von diesen Einrichtungen gefordert werden, so gut wie ausgeschlossen. Schon seit Jahren bewegt sich aber der Fremdenstrom nicht mehr mit der früheren Intensität in die Schweiz. Der Radius des Reisens hat sich allgemein vergrößert. Riviera und Adria sternen seit vielen Jahren schon mit der Schweiz in wachsender Konkurrenz und andererseits verlocken verhältnismäßig billige Schiffahrten einen immer größeren Fremdenstrom nach den Ländern Skandinaviens. Nun kommt zu alledem noch die Weltkrise, die den Fremdenstrom ohnehin dünner fließen läßt, so daß auch diese große Einnahmequelle der Schweiz einer wachsenden Schrumpfung ausgesetzt ist.

Das alles wären indessen noch Nöte, die die Schweiz überstehen könnte. Entscheidender ist, daß die Rentabilität in der Industrie ganz allgemein dieselbe Rückläufigkeit aufweist wie in den übrigen Ländern und daß sich ihre Chancen noch fortgesetzt verschlechtern. Einen eindeutigen Beweis liefert die Entwicklung des Index der an der Züricher Börse gehandelten Aktien. Während dieser zu Beginn des Jahres 1929 noch auf 101 stand, sank er bis 11. Juli 1931 auf 67,5 und liegt heute unter 50, was somit einer Halbierung gegenüber der Zeit des höchsten Standes entspricht. Wohl ist dieser Kursrückgang noch erheblich geringer als an den meisten andern Börsen, aber das erklärt sich einmal daraus, daß die schweizerischen Unternehmungen im allgemeinen finanziell besser fundiert sind und auch im Aufbau solider waren wie etwa diejenigen Deutschlands. Andererseits stehen die wirklichen Krisenwirkungen für die schweizerische Industrie erst noch bevor. Zu einem viel größeren Teil als die Industrie der meisten andern Länder ist die schweizerische Industrie vom Export abhängig. Nach bürgerlicher Schätzung arbeiteten von den 827.000 im Jahre 1920 gezählten Berufstätigen nicht we-

niger als ein Drittel für den Export. In mehreren mächtigen Industrien des Landes — chemische Industrie, Seidenindustrie, Stickerie, Uhrenindustrie, Schokoladenindustrie und Maschinenindustrie — liegt der Anteil des Exports an der Gesamtproduktion sogar auf 80 und mehr Prozent. Es ist darum begreiflich, daß die Schweiz schon auf Grund dieser starken Exportinteressen von der herrschenden Weltkrise in stärkster Mitleidenschaft gezogen werden muß. Tatsächlich zeigen vor allem die letzten Monate eine starke rückläufige Bewegung der schweizerischen Ausfuhr.

Doch nicht nur dies: auch der Absatz im eigenen Lande wird der schweizerischen Industrie in wachsendem Maße beengt, und zwar nicht so sehr durch den in der Schweiz selbst eingetretenen Kaufkraftschwund, als durch die in beängstigender Zunahme begriffenen Importe aus dem industriellen Ausland, vor allem aus Deutschland. Schon immer war die schweizerische Handelsbilanz passiv. Das heißt: die Einfuhren überwogen verhältnismäßig die Ausfuhr. Aber die Spanne zwischen beiden Werten ist von Jahr zu Jahr größer geworden und machte beispielsweise im Jahre 1930 rund 900 Millionen Franken aus gegenüber rund 600 Millionen im Jahre 1926. Einen besonders starken Anteil an dieser Entwicklung hatte Deutschland, das seine Ausfuhr nach der Schweiz in den Vergleichsjahren von 465 auf 709 Millionen Franken vermehrte, während dessen Importe aus der Schweiz nur von 266 auf 282 Millionen Franken zugenommen haben, also fast unverändert geblieben sind. Im laufenden Jahre hat sich dieses Mißverhältnis noch fortgesetzt, da schon im ersten Halbjahr 1931 einer deutschen Ausfuhr nach der Schweiz im Betrage von 307 Millionen Franken nur eine schweizerische Ausfuhr nach Deutschland im Betrage von 113 Millionen Franken gegenüberstand.

Diese Ziffern vermitteln zugleich den Grund für die sensationelle deutsch-schweizerische Kontroverse, für die kürzlich die zweite Kommission der Völkerbundsversammlung in Genf den Schauplatz lieferte und die für einen

Augenblick die Möglichkeit eines Handelskrieges zwischen der Schweiz und Deutschland an die Wand malte. Nachdem schon der Bundesrat Motta dem deutschen Außenminister Curtius in einer Unterredung die Kündigung des Handelsvertrages für den Fall in Aussicht gestellt hatte, daß Deutschland nicht einer Kontingentierung der deutschen Einfuhr nach der Schweiz zustimmen werde, faßte der Direktor Stucki als Vertreter der Schweiz das ganze Zollproblem von seinem Boden aus an und nannte das Kind bei seinem wahren Namen: Je lauter man in Genf vom Freihandel spreche, desto höher erheben sich überall die Zollmauern. Auch die Schweiz müsse darum andere Wege gehen.

Es sei zwar ein prinzipiell falscher Weg, „aber es bleibt uns nichts anderes übrig... Je kränker der Patient wird, desto mehr wehrt er sich, die bitteren Pillen zu schlucken, aber er muß sie schlucken, sonst nicht sterben“.

Stucki hat damit nur ausgesprochen, was im Grunde ihres Herzens alle in Genf und anderwärts denken. Die viel gerühmte internationale Wirtschaftssolidarität, die allein Hoffnungen auf eine Krisenmilderung sprießen läßt, existiert nur in der Theorie. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Diese heißt nicht „Wirtschaftssolidarität“, sondern „Wirtschaftskrieg mit allen Mitteln“. Wie jeder einzelne Kapitalist, so sucht auch jedes einzelne Land zunächst sich selber der Schlinge der Krise zu entwinden, aber indem alle nur an sich denken, verschlimmern sie die Lage für alle und gestalten die Krise nur um so auswegloser.

Der genauere Beobachter konnte diese Entwicklung schon seit geraumer Zeit bemerken. Die Tendenzen verschärfen sich in dem Maße, als auch die Krisenerscheinungen in den einzelnen Ländern sich verstärken. Gleichgültig darum, was am Ende der inzwischen in ein etwas ruhigeres Fahrwasser geratenen deutsch-schweizerischen Verhandlungen steht: in jedem Falle bedeuten die auch in der Schweiz aufziehenden Schatten, daß der Kreis, den die Krise zieht, noch immer in der Ausbreitung begriffen ist und daß die Krise, je länger sie dauert, die Gefahr offener Handelskriege in ihrem Schoße birgt, die auch nur wieder der Anfang von noch Schlimmeren wären.

Steueramnestie

Anscheinend hat es nicht recht geklappt mit der bedingten Begnadigung der Reichen. Zuerst versicherte der Rundfunk täglich den andächtig lauschenden Hörern, daß, falls sie bis Ende August ihre bisher verschwiegenen ausländischen und sonstigen Vermögenswerte dem Finanzamt angeben würden, sie straflos und verhältnismäßig nachzahlungsfrei ausgingen; wenn sie jedoch verstockt blieben, seien Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu Zuchthaus von zehn Jahren zu gewärtigen.

Die Arbeiterfamilien wunderten sich, wie scharf das Reich die Reichen anzupacken wagte. Man vergaß dabei schon fast, daß, wenn man diesen Reichen ein paar Mark unterschlug, vielleicht einen eingeschriebenen Brief mit zehn Mark Inhalt in die eigene Tasche wandern ließ, weil man nach jahrelanger Arbeitslosigkeit der Familie dringend einige Neuschaffungen machen mußte, die Folgen nicht weniger peinlich sein würden als die Konsequenzen einer Steuerhinterziehung von — einigen 100 000 Mark. Immerhin empfanden breite Schichten der Bevölkerung die erheblichen Strafandrohungen gegen begüterte Volksgenossen als eine Art Gerechtigkeit.

Nach diesem ersten Mißerfolg der Regierung versuchte man es mit einer Fristverlängerung. Als auch die nichts half, wurde die Deklarierungsfrist abermals um ein paar Wochen hinausgeschoben. Dabei wirkten dauernd alle Nachrichtenmittel auf die Bevölkerung ein, wieder — wie der terminus technicus heißt — steuererhellend zu werden, doch scheinen auch hierdurch keine allzu günstigen Resultate erzielt worden zu sein.

Geld mußte aber auf jeden Fall und sehr dringend beschafft werden. Die Vermögen der einzelnen in Frage kommenden Mitbürger zu prüfen, würde ein Vermögen gekostet haben — weiter nichts; darüber war man sich an maßgebender Stelle völlig klar.

Schließlich kam man auf die rettende, wenn auch nicht gerade originelle Idee, eine Anleihe aufzunehmen, eine Anleihe zu einem billigen Zinssatz. Um nun die Zeichnung dieses Papiers, für welches die Reichsbahngesellschaft Sicherheit leistet, dem an sich nicht gerade gebefredigten Publikum reizvoller zu gestalten, wurden der Anleihe einige Privilegien zugewilligt. So das der Steuerfreiheit, das aber schon bei einer siebenprozentigen Reichsanleihe vom Jahre 1929 angewandt war, für die mit nur 4½ Prozent verzinsliche Reichsbahnleihe also nicht gerade sehr aufmunternd wirken konnte.

So kam man auf die — wirklich originelle — Idee, dem Papier Justizrechte einzuverleihen. Denn wer die Anleihe in derselben Höhe seiner Steuerhinterziehungen zeichnet, bleibt restlos straffrei und braucht — doch keine Steuern zu zahlen, für welchen Beweis seiner Steuerehrlichkeit er außerdem 4½ Prozent Zinsen ohne jeglichen Abzug erhält.

Wenn der normale Staatsbürger eine solche „Bestrafung“ schon als ungerecht empfindet, wieviel erstauerter wird er sein, wenn er bemerkt, wie ungerecht auch noch diese Ungerechtigkeit sein kann. Es sei hier an zwei Beispielen erörtert:

Der Bürger X., Inflations- bzw. Kriegsgewinnler mit kaufmännischem und wirtschaftlichem Weitblick, hat ein Vermögen von 4 500 000 Mark erworben, wovon er als vorsichtiger Mann 2 000 000 Mark im Auslande hat, die er sich hütete, in seiner Vermögenserklärung anzugeben. In Deutschland sind zwei Millionen flüssig und 500 000 Mark an das Geschäft gebunden. Der Mann kauft also wirklich — spaßeshalber und weil er sowieso bestimmt damit rechnet, daß in nächster Zeit die Zinsfüße eine Treppe tiefer steigen werden, für zwei Millionen Reichsbahnleihe, die außer der Verzinsung natürlich nach einem gewissen Zeitraum — in diesem Falle ab 1937 — mit 100 Prozent zurückgezahlt wird. Die zwei Millionen im Ausland bleiben fest und sicher dort, wo sie sind. Für sie ist endgültige Absolution erteilt. Herr Y lebt von einem Gehalt von 5000 M. im Monat. Er hat nach der Inflation den Rest seines vom Staats auf legalem Wege angetragenen, soll heißen in Kriegsanleihe aufgelösten Vermögens, der immerhin noch 100 000 Mark betragen soll, einem befreundeten Bankier in der Schweiz anvertraut, der das Geld mit etwa zwei bis drei Prozent p. a. verzinst. Dieses Kapital rührt er nicht an, da er damit seinen Lebensabend zu verbringen gedenkt. Er ist aber auch nicht bereit, dem Staat, von dem er sich um etwa 900 000 Mark betrogen fühlt, das — für seine Begriffe — sehr kleine Restvermögen zwecks weiterer Verkleinerung anzugeben. Reichsbahnleihe zu zeichnen, ist er nicht in der Lage, weil das Schweizer Geld auf Jahreskündigung festgelegt ist. Einer seiner lieben Bekannten zeigt ihn an, um sich einen kleinen Nebenverdienst durch Denunziation zu verschaffen. Und siehe da, Herr Y wandert auf einige Monate ins Gefängnis, verliert seine Stellung und kann seinen Lebensabend sofort beginnen. Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet es Reichen wie Armen unter Brücken zu schlafen, auf Straßen zu betteln und Brot zu stehlen. Sagt Anatole France.

Er vergaß, die Steuerhinterziehung zu erwähnen.

W. O. S o m i n.

Verbesserung der Krisenfürsorge?

Wie sie wirklich aussieht!

In Nr. 30 des Reichsarbeitsblattes werden die Richtlinien über die Neuregelung der Krisenfürsorge veröffentlicht. Auch diese Notverordnung der Regierung Brüning ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie man durch scheinbare Verbesserungen auf kaltem Wege eine Minderung der Unterstützungssätze und damit eine neue Belastung der unteren Volksschichten erreicht. Die in die Presse lancierte Meldung von der Ausdehnung der Krisenunterstützung auf 58 resp. 71 Wochen trifft in dieser Form nicht zu. Nicht die Krisenunterstützung allein, sondern die Krisenunterstützung in Verbindung mit der Arbeitslosenunterstützung soll die Höchstdauer von 58, und wenn der Unterstützungsempfänger über 40 Jahre alt ist, von 71 Wochen nicht übersteigen. Damit wird in bezug auf die Gesamtdauer der beiden Unterstützungsarten der Zustand, wie er vor dem Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt vom 6. 10. 31 bestand, und der die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung auf 20 resp. 16 Wochen herabsetzte, wieder hergestellt. Nicht wieder hergestellt wird aber die effektive Höhe der Unterstützung, da sich das Verhältnis in bezug auf die Dauer zugunsten der mit niedrigeren Sätzen ausgestatteten Krisenfürsorge verschoben hat.

Für die Bemessung der Unterstützungssätze sind auch nach der neuen Verordnung die Vorschriften des AVAVG maßgebend, jedoch

werden die Lohnklassen V bis XI herabgesetzt. Die Arbeitslosen mit wenigstens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen erhalten statt:

Lohnklasse VI (RM. 11,55) die Sätze der Lohnklasse V = RM. 9,45 (Hauptunterstützung)
Lohnklasse VII (RM. 12,68) die Sätze der Lohnklasse VI = RM. 11,55 (Hauptunterstützung)
Lohnklasse VIII (RM. 13,50) die Sätze der Lohnklasse VII = RM. 12,68 (Hauptunterstützung)
Lohnklasse IX (RM. 15,30) die Sätze der Lohnklasse VIII = RM. 13,50 (Hauptunterstützung)
Lohnklasse X (RM. 17,10) die Sätze der Lohnklasse IX = RM. 15,30 (Hauptunterstützung)
Lohnklasse XI (RM. 18,90) die Sätze der Lohnklasse X = RM. 17,10 (Hauptunterstützung)

Eine wesentliche Verschärfung, die einem Abbau der Unterstützungssätze gleichkommt, tritt durch die Anwendung der neuen Bedürftigkeitsprüfung ein. Wenn die endgültige Entscheidung über einen Unterstützungsantrag auch noch immer bei dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes liegt, so wird sein Urteil doch durch die Einschlebung der Kommune bei der Prüfung der Bedürftigkeit wesentlich beeinflusst werden. Verschärfte Bedürftigkeitsprüfung bedeutet aber erhöhte Schnüffelarbeit der Wohlfahrtsämter, die einen Anreiz dadurch findet, daß jede Bedürftigkeitsprüfung vergütet wird. Und zwar beträgt diese für Gemeinden unter 50 000 Einwohnern und für Gemeindeverbände pro Fall 20 Pf. und für alle übrigen 85 Pf.

Aus der Naturfreunde-Bewegung

„Die Naturfreunde“,
Gau Sachsen, 7. Bezirk

Wander- und Ferienheim am Valtenberg
bei Neukirch-Lausitz.

Veranstaltungen der Ortsgruppen.

Grossröhrsdorf: 11. Nov.: Allgemeiner Unterhaltungsabend, 20 Uhr, in der Schule, Zimmer 16.
— 15. Nov.: Lichtbildervortrag für die Jugend im Valtenberghaus. Alles Nähere in der Versammlung, kommt daher alle.
Neukirch-Lausitz: 11. Nov.: Monatsversammlung mit Bericht von der Schwarzwaldfahrt des Gau. Wohlfahrt, Beginn 19.30 Uhr im Naturfreundehaus.
Bautzen: 12. Nov.: Monatsversammlung mit anschließendem Bericht über das Valtenberghaus. Ref.: Gen. Leske. 20 Uhr im Vereinslokal.
15. Nov.: Nw. Helas-Goldens-Hänke, Kleinwelka. Treffen 19.30 Uhr am Schützenhaus. F.: Melchner.
Kirschau: 15. Nov.: Nw. Kleiner Pichow. Treffen 19 Uhr beim Gen. Gütler. F.: G. Kühne.
Touristenverein „Die Naturfreunde“ Gau Sachsen, 8. Bezirk.
Wander- und unkonstante: Alfred Richter, Zittau. Pechschir, 9. 2.
Veranstaltungen der Ortsgruppen.
Zittau: Jugendgruppe: 13. Nov. Jahresversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.
Löbau: 11. Nov.: Unterhaltungsabend im Ver-

einslokal. — 15. Nov.: Nw. Schauen- und Felsenkanzel am Löbauer Wasser. Treffen 13 Uhr am Schlachthof. F.: Gen. Järschke.

Eibau-Waldorf: 11. Nov.: Öffentliche Lichtbildervortrag „Deutsche Heimat am Nordseestrand“. Ref.: Herr Lehrer Fischer, Dresden. Beginn 20 Uhr im Hotel Hirsch. Allseitige Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft wird erwartet. Saal ist gut geheizt.

Neugersdorf: 15. Nov.: Tw. Schweizerkroun, Tauspian, Hainpach. Treffen 5.40 Uhr an der Tanne. Abf. 8.45 Uhr. Bf. Bumburg. F.: Gen. Strangfeld. Abt. Oberriedersdorf macht mit Neugersdorf mit.

Lauba: 11. Nov.: Spiel- und Liederabend beim Gen. Winkler, Streitfeld. Beginn 20 Uhr. Spiele sind mitzubringen. — 15. Nov.: Rundblick vom Ketschauer Berg mit Karte und Kompaß. Alles Nähere am 11. November.

Selbennersdorf: 15. Nov.: Nw. nach dem Kottmar. Abf. 12.45 Uhr nach Eibau (S.K.). F.: Gen. P. Roscher. — Jugendgruppe: 18. Nov.: Spielabend. 20 Uhr beim Gen. Exss. — Wintersportaktion: 10. Nov.: Versammlung aller Wintersportler. Lokal siehe Aushängeschilder.

Spitzkunnersdorf: 12. Nov.: Gruppenabend bei der Genossin E. Herzog. Beginn 19.30 Uhr. Zu allen Veranstaltungen der Ortsgruppen sind Gäste herzlich willkommen.

Lokalblatt der SAZ

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

SAZ zieht um

„Diese Räume sind nur ein Provisorium“, erläuterte der Concierge im Hinblick auf die Redaktion der SAZ; und diese Bemerkung war auch nötig. Da war ein kahler, kalkspritzter Raum, ein paar Tafeln auf Böcken symbolisierten die Redaktionstische und ein drei- (wenn man kräftig daran stieß, beliebig mehr) telliger Schreibtisch war das Allerheiligste. Dazwischen raste das Telefon, eine Schreibmaschine rasselte melodisch, und um tinspritzende Redakteure häuften sich unübersteigbare Türme aus Papier.

Redaktion der SAZ.
Anderntags erschienen drei finsterblickende Gestalten und prüften sachverständig die Situation. „Ogottogottogott, na denn pack ma an.“ Treppauf, treppab, düstere Gänge entlang schwebten Tische und Papierballen, Schreibmaschine und Tintenfass. Neu getünchte Wände frisch montierte Telephone: „... bitte heben Sie mal ab: Sie hallo, Sie dahinten, ist das so richtig?“ Danke. „Jehn Sie doch ma n' bischen weg da.“ Ueber dem verzweifelt schreibenden Tintenschreiber baut sich eine Leiter auf, ein Mann kommt mit einer Ampel und rekonoziert die Zimmerdecke.

„Ja, det jeht.“
Nein, „det jeht“ nicht, hier fliegen Kalksplitter in die Schreibmaschine. Nebenan, hinter einer Glaswand streiten sich die Redakteure über die Sitzverteilung und wickeln sich ab und zu die Füße aus Telefonlitzen und Kabelenden. Und mitten im Gewühl sitzen schon die ersten Unerschütterten und sortieren mit dem Stolzismus der Fanatiker neue Berge von Papier. Der Betrieb der SAZ geht weiter.
„Na, det hat ja geklappt, wat? Da merken Sie garnicht von, daß Umzug is.“ Guter Freund, das ist das wenigste, die Hauptsache ist, daß die Leser nichts merken, die Tausende, die im ganzen Reich auf ihre neue sozialistische Presse warten, — um ihretwegen: Tempo, Tempo, um ihretwegen rasseln die Maschinen in einem Schlachtfeld von Handwerkerheeren, um eines verdammt großen Zieles willen, Kameraden: wir bauen an der SAZ!

„Die Sozialdemokratie hat das Reich gerettet...“

In der Novemberfeier, die die Berliner SPD am Montag im Sportpalast veranstaltete, betonte Reichsarbeitsminister A. D. Wissell besonders, daß die Sozialdemokratie das Reich gerettet habe, als niemand da war, die Zügel in die Hand zu nehmen.

Jawohl, so war es. Aber: nicht um das Reich umzugestalten — man hatte ja in Rußland ein Schulbeispiel! —, es in einen sozialistischen Arbeiterstaat überzuführen, sondern...

Nun, die Worte des damaligen sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Ebert kennzeichnen die Haltung der SPD am besten, die da lauteten: „Ich hasse die soziale Revolution wie die Sünde.“

Das war der Anfang der Tragödie der SPD, die sich fortsetzte über 1923, Panzerkreuzer, Notverordnungs- und Tolerierungspolitik, bis...

Wir befürchten das Schlimmste!

Wer war bei Goebbels?

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Am 4. November fand im Kriegervereinshaus eine Naziversammlung statt. U. a. sprach auch Goebbels I. von Berlin. Unter den Versammlungsteilnehmern sah man auch einige Beamte in Dienstuniform. Als ich näher hinsah, erkannte ich, daß es Postbeamte waren, die an der Dienstmütze die schwarztrotgoldene Kokarde trugen, und Straßenbahner, die bei der BVG angestellt sind. Außer solchen Aachproletarier müssen sich an solchen Veranstaltungen beteiligen! Es fehlte nur noch, daß Reichswehr, Marine und Schupo in Uniform an solchen Veranstaltungen teilnehmen. Besonders fiel mir auf, daß man sich mit „Heil Hitler!“ begrüßte. Sind diese Aachrepublikaner schon im dritten Reich?

Wir fragen an dieser Stelle den Herrn Reichspostminister und die Leitung der Berliner Verkehrsgesellschaft, ob sie es billigen, daß die Dienstuniform zu politischen Zwecken mißbraucht werden darf. Wenn nicht, dann werden hoffentlich die nötigen Schritte dagegen unternommen.

Noch leben wir in einer Republik, und solange noch eine Republik besteht und die Arbeiter, Angestellten und Beamten von der Republik bezahlt werden, verlangen wir, daß sie sich danach verhalten und nicht an verfassungsfeindlichen Veranstaltungen teilnehmen, vor allen Dingen nicht in der Dienstuniform.

Bekanntlich sind Ansammlungen auf öffentlichen Straßen verboten. Nach der Goebel-Veranstaltung sammelten sich die Anhänger Goebbel I. vor dem Kriegervereinshaus, um ihn bei der Abfahrt mit „Heil Hitler!“ zu begrüßen. Die Polizei scheint manchmal etwas anderer Meinung zu sein. Warum schritt man nicht dagegen ein? Oder hat man die Nazis nicht gesehen und die „Heil“-Rufe nicht gehört? Wären es Anhänger von linkspolitischen Parteien gewesen, hätte man bestimmt den Polizeiknüppel geschwungen.

Die Offiziere haben doch nicht etwa schon Angst um ihre Stelle im dritten Reich?

Elektrifizierung der Wannseebahn kommt

Nach einer Korrespondenzmeldung kann als feststehend betrachtet werden, daß die

Dramatischer Zwischenfall im Sklarek-Prozeß

Kohl völlig zusammengebrochen

In der am Dienstag um 11 Uhr nach dreitägiger Pause wiederaufgenommenen Verhandlung des Sklarek-Prozesses kam es zu einer Reihe aufregender Zwischenfälle.

Rechtsanwalt Dr. Braubach machte auf eine Verschlimmerung im Befinden Kohls aufmerksam und legte ein Gutachten des behandelnden Arztes Dr. Kronfeldt zum Beweis für die Verhandlungsunfähigkeit vor. Als er bei der Verlesung des Gutachtens auf einen weit zurückliegenden Selbstmordversuch Kohls zu sprechen kam,

sprang der Angeklagte Kohl auf und stürzte sich mit markerschütterndem Schrei gegen seinen Verteidiger, gleich darauf brach er laut ächzend, von Leo Sklarek und hinzustürzenden Anwälten gestützt, zusammen.

Eine ungeheure Erregung entstand im Saal: jeder weiß, daß der Prozeß vor dem Aufhören ist.

Medizinrat Störmer erklärte, daß durch diesen Vorfall eine tagelange Arbeit vergeblich sein könnte. Er erklärte, daß der Angeklagte Kohl vor diesem Vorfall verhandlungsfähig war und widersprach dem Gutachten Dr. Kronfeldts. Auf Fragen des Staatsanwalts erklärte Störmer, daß er den Angeklagten jetzt nochmals auf seine Verhandlungsfähigkeit untersuchen müsse.

Rechtsanwalt Braubach stellte den Antrag, die Verhandlung bis zum Erscheinen Rechtsanwalts Dr. Kronfeldt auszusetzen, da der Angeklagte weder in der Lage sei, den Verhandlungen zu folgen, noch seinen Verteidiger zu informieren.

Der Staatsanwalt wandte sich schärf gegen Rechtsanwalt Braubach, dem er vorwarf, mit vollem Bewußt-

sein die Verhandlungsfähigkeit Kohls zu unterminieren, um ihn so der strafrechtlichen Verantwortung zu entziehen. Er schlägt eine Erholungspause von zwei Stunden vor, in welcher man Kohl von seinem Verteidiger trennen müsse.

Nachdem die Rechtsanwälte Bahn, Pindar u. a. sich gegen jede Verschleppung des Prozesses gewandt hatten, erfolgte eine neue Untersuchung Kohls durch den Gerichtsarzt, die die Verhandlungsfähigkeit ergab. Dabei kam es zu einem scharfen Vorstoß gegen Rechtsanwalt Braubach.

Der Staatsanwalt fragte Kohl, ob er, nachdem er Medizinrat Störmer ausdrücklich Schweigepflicht im Falle des Selbstmordversuchs auferlegt hatte, seinen Verteidiger von der Schweigepflicht entbunden hätte. Kohl verneinte laut weinend und erklärte, völlig ahnungslos gewesen zu sein.

Darauf beantragte der Staatsanwalt Protokollierung dieser Aussage, d. der Verdacht einer strafbaren Handlung Rechtsanwalts Braubach vorliege.

Braubach wandte sich in großer Erregung gegen den Staatsanwalt.

Nach längerer Beratungspause verkündete der Vorsitzende die Ablehnung der Anträge des Staatsanwalts auf Protokollierung und des Rechtsanwalts Braubach auf Aussetzung der Verhandlung bis zum Erscheinen Dr. Kronfeldts.

Kohl erhielt für den Verhandlungstag Urlaub.

Die Verhandlung wandte sich dann dem Fall Sakolowski zu, bei dessen Erörterung es eine Reihe heiterer Zwischenfälle gab.

Stolz weht die Flagge schwarzweißrot.

Eine unbestreitbare Tatsache ist es, daß durch die von der Brüning'schen Regierung herausgegebenen Notverordnungen auch die Kriegsbeschädigten hart getroffen werden; doch scheint diese Tatsache noch nicht bis in die Büros mancher Organisationen eingedrungen zu sein, die vorgeben, den Kampf gegen das Notverordnungs-system zu führen.

Eine solche Organisation, die der Partei des Herrn Brüning sehr nahesteht, ist der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, der schon unzählige Male bei jedem Anlaß hoch und heilig versichert hat, daß er parteipolitisch vollkommen neutral sei und nur die Interessen der Kriegsofer vertritt. Daß es dieser Organisation jedoch nicht sehr ernst mit ihren Grundsätzen ist, darüber belehrte uns eine Gerichtsverhandlung, die in der vergangenen Woche vor dem Amtsgericht Berlin-Neukölln stattfand. Dieser Verhandlung lag folgender Tatbestand zugrunde:

Eine frühere Ortsgruppe des Kriegerbundes „Kyffhäuser“ hatte sich dem Zentralverband angeschlossen und nach einigen Monaten wieder von diesem Verband getrennt, um sich als eine „Interessengemeinschaft“ selbständig zu machen. Der Zentralverband, dem diese Trennung anscheinend schwer gefallen ist, verklagte nun die „Interessengemeinschaft“ auf Herausgabe eines schwarzweißroten Tischbanners und einer schwarzweißroten Fahne (!). Der „parteipolitisch

neutrale“ Zentralverband behauptete, einen Herausgabeanspruch gegen die Interessengemeinschaft zu haben, da ihm satzungsgemäß das Ortsgruppenvermögen zustehe, während die Interessengemeinschaft ihrerseits geltend machte, daß seinerzeit ausdrücklich vereinbart worden sei, daß der Zentralverband mit solchen Ansprüchen nicht kommen dürfe.

Nun trafen sich die beiden „Kriegsbeschädigtenorganisationen“ vor dem Amtsgericht, um diesen für alle Kriegsofer außerordentlich wichtigen Rechtsstreit dort entscheiden zu lassen. Mit einer geradezu zähen Energie vertreten beide ihren Rechtsstandpunkt. Der Zentralverband wurde wiederholt von dem amtierenden Richter darauf hingewiesen, daß eine parteipolitisch neutrale Organisation doch kein Interesse an den Besitz einer schwarzweißroten Fahne haben könne.

Endlich gelang es dem Richter, einen Vergleich herbeizuführen, nach welchem das schwarzweißrote Tischbanner in den Besitz des Zentralverbandes und die schwarzweißrote Fahne in den Besitz der Interessengemeinschaft übergeht.

Schade, daß es nicht umgekehrt gekommen ist; sonst hätten wir beim Erlaß der nächsten Notverordnung, die eine weitere Entrechtung der Kriegsofer vorsieht, vom Dach des Zentralverbandes aus Dankbarkeit die schwarzweißrote Flagge vergnügt flattern sehen können.

Die Leute haben Sorgen...!

Schwerer Betriebsunfall in Rummelsburg

In der Oelgasanstalt der Firma Pintsch in Rummelsburg, Saganer Straße, am Bahngelände liegend, ereignete sich Dienstag vormittag infolge Ventilbruchs ein schwerer Betriebsunfall, dem der 54jährige Heizer Bratz aus der Kreuzigerstr. 16 in Lichtenberg zum Opfer fiel. Er wurde durch auströmenden heißen Dampf tödlich verbrüht. Außerdem erlitten der 33jährige Gasmeister Brinkmann aus der Ehrenfeldstraße 25 an der rechten Hand und dem rechten Bein, sowie der 31jährige Schichtführer August Hiller aus der Wallensteinstr. 81 an der rechten Hand leichte Verbrühungen.

Die Fotogemeinschaft im Touristenverein „Die Naturfreunde“ zeigt vom 15. November bis einschließlich 6. Dezember in ihren eigenen Räumen, Berlin N, Johannistr. 16, ihre Foto-Jahresschau. Die Ausstellung ist geöffnet werktags von 10 bis 21 Uhr, Sonntags von 10 bis 20 Uhr, Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Versammlungskalender

SAP, Prenzlauer Berg: Mitgliederversammlung Dienstag, den 17. November, 19.30 Uhr, in den Miltzschellen, Schönhauser Allee 130. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Ortsstatut, 2. Wahlen der Delegierten.

SAP, Pankow: Mitgliederversammlung Mittwoch, den 18. November, 19.30 Uhr, im Lokal Lehmann, Mühlentstr. 38. Stellungnahme zum Ortsstatut, 10. Bericht: Demokratie und Diktatur. (Gen. Willy Hultner)

SAP, Weißensee: Donnerstag, den 12. November, 19.30 Uhr, im Lokal von Bohnecke, Wilhelmstr. 29, am Mirbachplatz. Mitgliederversammlung.

SAP, Falkenberg-Bohnisdorf: beteiligt sich an der am 11. November 19.30 Uhr, im Lokal Alt-Köpenick, Schloßplatz, stattfindenden Mitgliederversammlung der Gruppe Köpenick.

Marxistischer Arbeiterbildungszirkel Berlin, Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17. Vortragabend über die besondere Bedeutung der Lösung Arbeiterkontrolle der Produktion. Lehrer: J. Rasch, Beginn Punkt 20 Uhr.

Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof H. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat

Mittwoch, 11. November, 19.30 Uhr.

Balkan Hugo Haase: Jugendheim, Prenzlauer Allee 34. — Leben und Wirken Hugo Haases. Wedding: Leopoldplatz (Kl. Kirche). — Proletarische Wehrhaftigkeit.

Baltenplatz: Heim, Tilsiter Straße 4/5. Einführung in den Marxismus.

Tempelhofer: Die Lehren der Revolution von 1918. Gesundheitsheim, Heim, Schmidt, Kolberger Str. 9.

Falkenberg: Funktionärsversammlung. Aktionsbezirk West: Heim, Spreitzer (Arbeitsamtgebäude West). Wichtige Delegierten- und Punktionärkonferenz.

Arbeitersportler! SAZ

liest die SAZ

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann Verlag: Sichel Zeitungsverlag, m. b. H., Uruok: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Postgebühren. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM -86 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM -86 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich, zuzüglich RM 1.80 Porto.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungsverlag“ m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Postfachkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2904 Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16, Tel. Kupfergraben E 2 2905

Aus der Mark

Hennigsdorf

Kommunistenjagd. Am vergangenen Mittwoch wurde abends auf eine Schuposstreife, die nach Heiligensee unterwegs war, geschossen. Die Polizei nahm den in Hennigsdorf wohnhaften Arbeiter Dannenberg fest, während einige andere Männer in der Dunkelheit entkamen. D. gehört der KPD an, und das dürfte die Veranlassung gewesen sein zu einer Kommunistenjagd, die sich am Sonntag morgen in Hennigsdorf entwickelte. Beamte der IA, die mit einem Verzeichnis der Mitglieder der KPD erschienen waren, sausten mit den Hennigsdorfer Exekutivbeamten im roten Polizeiflitzer durch den Ort, nahmen Haussuchungen bei den Mitgliedern der KPD vor und verhafteten etwa 45 Angehörige der KPD, zum Teil aus den Betten heraus. Der größte Teil der Verhafteten wurde nach eingehendem Verhör auf der Polizeiwache wieder freigelassen. Von den Funktionären ward 17 festgehalten, darunter auch der Vorsitzende Schmidt. Zwar waren die gesuchten Waffenvorräte nicht gefunden worden, doch das vorgefundene Material soll unstürzliche Bestrebungen erkennen lassen. Die Verhafteten mußten den Weg nach Berlin antreten. Unter der Arbeiterschaft ist die Stimmung außerordentlich erregt.

Brandenburg

Revolutionfeier der SAP. Zu einem schlichten Gedenken hatten sich die Genossen Brandenburgs von der jungen Partei zusammengefunden. Es gilt für uns nicht, die

Revolution vor 18 Jahren zu feiern, es gilt für uns, sie in ihrer Unvollkommenheit zu erkennen. Es gilt, erneut Bekenntnis abzulegen zur Revolution, zur kämpferischen Gesinnung, zum Einsatz aller Kräfte für unser Ziel, die sozialistische Gesellschaft. So rüttelten uns die Worte des Genossen Reich aus Berlin auf, so kam es in gemeinsamen Liedern, kleinen Sprechchören und Gedichten zum Ausdruck. Und jeder wollte dazu beitragen. — Erst ein halbes hundert Menschen! Doch merkte man nach dem offiziellen Teil, als man in ernsthaften Gesprächen zusammensaß, daß die Gruppe zu einer festen Kampf-gemeinschaft zusammenwächst. Unsere Feiern wollen keine Beruhigungspillen mit nachfolgendem Tanzkränzchen sein! Wir wollen, wenn wir zusammen sind, uns stets bewußt bleiben, um was es geht: um die Befreiung der Arbeiterklasse!

Eine Erklärung. Zu dem am 8. November in der SAZ erschienenen Artikel „Verantwortungslose Jugend“ bittet Reinhold Walz, der Verfasser, um Feststellung folgender Tatsachen.

1. Der Artikel war am 30. 9. 31 geschrieben, als es noch keine SAP gab.
2. Ohne mein Wissen sind Stellen gekürzt und die Worte SAP und SJV von der Redaktion der SAZ eingefügt.
3. Ich habe am 3. 10. 31 per Einschreiben der Redaktion „Fackel“, an die der Artikel gerichtet war, mitgeteilt, daß ich 1. nicht in die SAP eintreten werde, 2. der Artikel zurückgezogen sei.

Feuilleton der SAZ

Im fernem Osten

Im Fernen Ost. . . brennt die gelbe Erde, stählerne Vögel fliegen über das Land und ihre Bomben reißen tiefe Wunden. Ein Volk, in Jahren ausgeblutet und geschunden, wird von der Menschenbestie an den Pfahl gebunden; im Fernen Osten frisst ein neuer Brand.

Jetzt zeigt sie wieder ihre wahren Züge, jetzt fällt der Schleier ab von der Kultur, mit der sie preisend ihre Blöße deckten. Millionen Menschen, die im Schlamm verreckten, Millionen Männer, die im Krieg verdreckten, sind nicht genug. Man braucht die Badekur.

Sie sind um einen runden Tisch gesessen, sie haben mit dem Finger ernst gedroht, sie haben klug im Völkerbund gesprochen. Sie haben sich wie Hunde erst beseht und dann den Frieden ohne Scham gebrochen. Ihr Reich ist aufgebaut auf Blut und Kot.

Wir haben ihnen nie Kredit gegeben, uns nie in ihrer Hut zum Schlaf gelegt. Wir haben nie den Raubtiermaul vergessen, das von dem Hunger nach Profit besessen sich anschickt, andere Völker aufzufressen. Bis die Proletenfaust sie von der Erde fegt. F. R.

Gedanken zu einem Werbeplakat der SPD

An den Plakatsäulen Berlins klebt seit dem 9. November eine riesige Reklame. Von schwarzem Grunde leuchten brennendrote Lettern: „Faschismus droht! — Werde Sozialdemokrat!“

Dieses Werbeplakat der sozialdemokratischen Partei erinnert an der Prospekt einer Lebensversicherungsgesellschaft. „Bestelle dein Heim! — Rasch kann dir der Tod nahen. Versichere dein Leben, damit Frau und Kind wenigstens zu leben haben, wenn du nicht mehr bist!“

So wäre die Aufforderung zum Eintritt in die SPD etwa zu übersetzen. So wird sie übersetzt werden von zahllosen Arbeitern.

Schaltet man die Lebensgefahr aus, indem man sich in einer Lebensversicherung einkauft? Schon der Begriff „Lebensversicherung“ ist ja irreführend. Ihn haben die Versicherungsgesellschaften gewählt, weil Niemand gerne sich an den Tod erinnern läßt. In Wahrheit nehmen sie ja auch nicht eine Versicherung entgegen für den Lebensfall, sondern vielmehr: für den Todesfall.

Arbeiter Berlins, hört her! Auch ihr sollt euch für den Todesfall versichern bei dem großen Konzern Sozialdemokratie. Ihr sollt euch versichern, damit eurer trauernden und notleidenden Hinterbliebenen gedacht werde, rühmend gedacht in den Spalten der sozialdemokratischen Presse, für den Fall, daß ihr morgen am Faschismus sterben solltet. Aber diesen Tod am Faschismus, den kann die große Versicherungsgesellschaft Sozialdemokratie nicht verhüten. Das könnt ihr nur selbst! Aber niemals, indem ihr eine Versicherung auf den Todesfall eingeht.

Der große Versicherungskonzern kracht in allen Fugen. Wer seine sauer ersparten Groschen in der Hoffnung auf die Reallität des Unternehmens noch bei der SPD stehen hat, der sehe schleunigst, daß er seine Police kündige und sich selbst in Sicherheit bringe. Der Platz des Sozialisten, der sich gegen den Faschismus wehren will, ist in den Reihen der Kampfpartei des Proletariats, die keine „Uebel“ toleriert, ist bei der Sozialistischen Arbeiterpartei!

Denn die Sozialdemokratische Partei versichert nicht das Leben. Sie sichert den Tod der Arbeiterklasse. K a s s a n d e r.

Neue Wege des Arbeitergesangs

Als die ersten Arbeiterchöre aufkamen, waren sie geselliges Zentrum und Keimzelle der Arbeiterbewegung. Mit der Entwicklung wurden sie Sammelbecken aller musikalischen Kräfte, die in der Arbeiterschaft schlummern, und gaben ihnen durch die Gemeinschaft des Singens schönste Befriedigung. Wurzel und dichterisch-musikalischer Grundstoff ist das Volkslied gewesen. Von hier aus gingen die Wege zum Kunstlied, zum Kunstgesang, zur Kunst der großen Oratorien — und zum proletarisch-revolutionären Tendenzlied, zur Kunst der Arbeiterklasse. Kunstgesang und Tendenzlied sind keine unvereinbaren Gegensätze, ihre Vereinigung vielmehr als erstrebenswertes Ziel nahe in Aussicht: das Arbeiterlied zugleich als künstlerischer Ausdruck des proletarischen Klassenbewußtseins und höchste Kunstform des Arbeiterchorgesanges. Als Schöpfer der Gattung Tendenzlied bleibt G. A. Uthmann in unserer Erinnerung haften. Aber die soziale Not der Gegenwart, die kämpferische Grundhaltung, zu der uns heute der politische und wirtschaftliche Alltag ruft, ver-

Vier Stellen sind zu besetzen

Von Pogrom

I.

Die Postverwaltung zu Neschkowitz in Böhmen sucht einen Postausstatter: Alter 25 bis 30 Jahre. Unbescholten. Möglichst unverheiratet. Absolvent einer achtklassigen Mittelschule. Deutsche und tschechische Sprachkenntnisse Bedingung. 200 Kronen Wochenentschädigung. 50 Dienststunden wöchentlich. Keine Beförderungsaussichten. Schriftliche Bewerbungen sind nicht einzureichen. Reflektanten wollen sich Sonnabend vormittag mit ausreichenden Papieren beim Postverwalter vorstellen.

Soweit ein Aushang im Schalterraum des Neschkowitz Postamtes.

Die Beamten liebäugelten mit dem freien Posten. Söhne mußten ungebracht werden. Die Telegraphistin dachte an ihren Bruder, der zwei Jahre ohne Stellung herumliefe. Rentner lasen den Aushang und kramten nach ihren Papieren. Leichtinvaliden dachten, das ist etwas für uns. Arbeit und Rente, dann läßt der Hunger nach. Der Laufjunge einer Knopffabrik redete sich ein, nur er komme als Postausstatter in Frage. Arbeitslose, die von dem Aushang erfuhren, winkten wissend ab; jede Bewerbung sei aussichtslos. Ihre Papiere suchten sie doch zusammen, eine Hoffnung keimte in ihnen auf. Der Postverwalter empfing Zuschriften und Besuche.

Sonnabend: Hundert und mehr Bewerber waren erschienen. Alte und junge, verheiratete und unverheiratete. Alle waren voller Hoffnung, und ein jeder war dem anderen Feind. Schweigend standen sie auf dem Platze vor dem Postgebäude. Einer nach dem anderen verschwand hinter der Tür zum Büro des Postverwalters. Und einer nach dem anderen erschien wieder. Alle kamen daran. Alle. Aber keiner erhielt den Posten, und keiner sagte das dem anderen. Jeder ging weg, um eine Hoffnung ärmer, den nächsten beneidend.

Niemand aber wußte, daß der Aushang nur eine gesetzesmäßige Formangelegenheit war. Die Stelle war schon besetzt, ehe sie ausgeschrieben wurde. Ein Legionär wurde Postausstatter

II.

Vor dem Schalter des Arbeitsvermittlers im Arbeitsamt zu Sonneberg in Thüringen drängelten sich die Arbeitsuchenden Zweimal in der Woche kommen sie aus ihren Dörfern

oben im Thüringer Wald. Sie kommen, ihrer Meldepflicht zu genügen, wenige Mark Unterstützung zu erheben und, hauptsächlich, um nach Arbeit zu fragen. Viele scheuen den weiten Weg mehrmals wöchentlich nicht, manche sind täglich im Arbeitsamt. Stunden stehen sie vor dem Schalter. Sie hoffen, daß der Arbeitsvermittler eines Tages doch Arbeit zu vergeben hat. Jetzt ist Saison in der Spielwarenindustrie!

Wird einer vom Arbeitsvermittler aufgerufen, dann drehen sie sich neidvoll um. Arbeit wird der Aufgerufene haben, Verdienst für Tage, vielleicht auch für Wochen und Monate. Welch ein Glück in dieser Zeit! Der wird Essen kaufen können und dann und wann auch Fleisch. Und Kleidung und andere notwendige Dinge! Alle ihre Wünsche lassen sie den einen erfüllen, und deutlicher noch stehen ihnen hernach ihre Sorgen und Nöte vor den Augen.

Da . . . jener Tag im September. Ein Spielwarenfabrikant hatte zwanzig Heimarbeiterfamilien für Grosarbeiten verlangt. Der Arbeitsvermittler rief das Arbeitsangebot aus, und mehr als vierzig arbeitssuchende Familienväter schickte er nach dem Fabrikbüro, aber nur sechzehn wurden angenommen.

Aufatmend, frohen Herzens schritten die Sechzehn nach ihren Wohnungen. Endlich einmal war ihnen Verdienst sicher, endlich . . . Die Frauen werden sich freuen! Jedoch mit jedem Schritte nach den heimatlichen Hütten sahen sie die kommende Zeit greifbarer vor sich: alle, auch die kleinsten, werden mitarbeiten müssen, täglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend, damit das verdient wird, was zum Notwendigsten gebraucht wird. Arbeiten werden sie, ja; der seelische Druck, der während der Arbeitslosigkeit auf ihnen lastete, wird weichen, aber die wirtschaftliche Not wird bleiben . . .

III.

Seit Jahren stellten die Männer von Varnim, Slowakei, am Rande der Niederen Tatra, das Gros der Holzfäller der Herrschaft Liptau. Während der warmen Jahreszeit gingen sie mit Aexten, Beilen und Keilen den Waldriesen zu Leibe, dann schälten sie die Stämme und verbrannten das Geäst.

Jedes Jahr, Anfang April, stellten sie sich im Forstrentamt ein, Arbeit für den und den Lohn erscheidend, und weil man sie

brauchte, bewilligte man ihre Forderungen ohne viel Aufhebens. Beide Teile fuhren gut dabei. Die Männer von Varnim verkauften ihre Arbeitskraft zu möglichst guten Bedingungen, und die herrschaftliche Forstverwaltung konnte mit guten Arbeitern rechnen.

Seit zwei Jahren stockt der Holzkonsum. Die Zellstoffwerke, die Pappen- und Papierfabriken, die gesamte Holzverarbeitende Industrie ist auf Jahre hinaus mit Holz eingedeckt. In den Wäldern modert das geschlagene Holz. Deshalb ruhen die Aexte, deshalb kreischen keine Sägen mehr.

Auch in der Niederen Tatra hat man im vergangenen Jahre keine Holzfäller benötigt. Im April aber kamen zur gewohnten Zeit die Männer von Varnim. 300 waren sie, und nur vierzig konnte das Forstamt einstellen. 300 Männer kämpften um vierzig Arbeitsplätze; sie kämpften mit untauglichen Mitteln. Sie unterboten sich und stellten manche wesentlichen Forderungen zurück. Vierzig Arbeiter wurden zu niedrigen Löhnen für untergeordnete Arbeiten angenommen. Diese vierzig aber schätzten sich glücklich, für wenige Kronen alle mögliche Arbeit verrichten zu können, denn . . .

Denn 260 Männer von Varnim waren gezwungen, mit Kameraden aus der ganzen Slowakei in die schwarzen Fabriken in Frankreich zu fahren, hunderte Kilometer fern der Heimat.

IV.

In Split, Dalmatien, gibt es unter 35 000 Einwohnern ungefähr 1000 Erwerbslose. Abseits der Stadt sind einige Zementfabriken. Die Arbeit da ist fürchterlich: schweres Schaffen in Staub und Hitze bei geringster Entlohnung. Die Arbeiterschaft wechselt deshalb sehr oft. Das Schild: „Arbeiter werden angenommen“ hängt dauernd am Tor der Fabrikeinfahrten, eine Seltenheit in Europa.

Von den 1000 Erwerbslosen in Split meldet sich keiner in den Zementfabriken. Niemand kann sagen, wovon sie leben, aber sie leben. Die Zementarbeiter sind Bauern, Bauern, denen die Sonne die Ernte verbrannt, deren Felder verdurstet sind. Sie schaffen se lange, bis sie wieder auf ihre Aecker gehen können.

Arbeiter werden immer gesucht werden in den berühmtesten Zementfabriken Europas bei Split.

langt nach neuem, zeitunmittelbarem Ausdruck. Es entstehen denn auch neue Chorlieder, Lieder des Klassenkampfes und des Klassenbewußtseins, erfüllt von der zeitgemäßen Grundstimmung, aus der sie hervorgehen. Ottmar Gerster stellt mit seinem „Lied vom Arbeitsmann“ den Typus des proletarischen Oratoriums auf. In der Schilderung eines Arbeitstages, wie ihn „die unten“ haben, findet er packende Töne. Die aufreizenden Chor- und Sologesänge Hanns Eislers rufen stets stürmisch nach Wiederholung. Im proletarischen Bühnenfestspiel ist für die Arbeiterkunst eine neue Epoche angebrochen. Zäh und unentwegt dringt die Arbeiterchorbewegung nach zwei Richtungen vor; sie reift und bereitet sich vor, das Erbe anzutreten, das ihr nach der geschichtlichen Logik zufällt: das Erbe der bürgerlichen Musik. Isoliert steht die Musik am Ende der bürgerlichen Epoche, abgeschnürt vom Leben und Volk. Leben und Musik befruchten sich, strömen ineinander: im Arbeitergesang.

Die dritte Dimension im Film?

Nach der Meldung eines Berliner Blattes aus London ist in Hollywood auf dem Gebiet der Kinematographie eine Erfindung gemacht worden, die von Fachleuten als die revolutionärste seit der Erfindung des Films überhaupt bezeichnet wurde. Während bisher der Film sich aus zwei Dimensionen beschränkt, ermögliche die neue Erfindung die Projektion in allen drei Dimensionen. Die Filmgestalten wirkten wie lebendige Menschen. Auch sei die Filmvorführung nicht mehr an die Leinwand gebunden, sondern die Figuren könnten überall im Vorführungsraum dargestellt werden. Die erste Vorführung habe vor einiger Tagen in Hollywood in einer nur von acht Personen besuchten Vorstellung stattgefunden. Die Ein- und Ausgänge des Theaters seien streng bewacht gewesen.

Columbus-Dokumente

Nach jahrelangem Suchen ist der italienische Gelehrte Prof. Francesco Creti in alten spanischen und italienischen Archiven auf Dokumente gestoßen, die, wie er behauptet, kei-

nen Zweifel mehr daran lassen, daß Columbus, der Entdecker Amerikas, ein gebürtiger Italiener war. Es handelt sich bei den Funden um das Admiralsdiplom „für Indien“, das für Columbus von Ferdinand und Isabella von Spanien ausgestellt wurde, um das Patent, das Columbus nach seiner Rückkehr aus Amerika das Recht verlieh, ein eigenes Wappen zu führen, und um das später von Columbus vervollständigte Wappen. Die Echtheit des Admiralsdiploms wird durch die Siegel der spanischen Souveräne auf dem Pergament bestätigt. Prof. Creti behauptet, daß aus der Abfassung des Textes der Befehlsübertragung hervorgeht, daß Columbus kein Spanier gewesen sein kann. Von vielleicht noch größerem Interesse ist der zweite Fund. Er ist aus dem Jahre 1493 datiert und gibt eine ausführliche Beschreibung der Ehrungen und Auszeichnungen, die Columbus nach seiner Rückkehr aus West-Indien verliehen wurden. Das Schriftstück enthält ferner Angaben über das Wappen, das Ferdinand und Isabella für den Entdecker Amerikas bestimmt hatten. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß ein Viertel des Wappens freigelassen ist. Prof. Creti sieht darin einen Beweis, daß Columbus in Spanien als Ausländer galten muß; das spanische Königspaar hätte das Wappen nicht ganz ausfüllen können, weil sie mit den Eigenheiten des Geburtsortes des Wappenträgers nicht bekannt gewesen seien. Während einer Arbeit in den vatikanischen Archiven über die gleiche Aera entdeckte Prof. Creti ein Wappen, das sich bei näherer Prüfung als das vom spanischen Königshaus Columbus verliehene, später von ihm ergänzte erwies. Das letzte Viertel des Wappens soll deutliche Hinweise darauf enthalten, daß Columbus Geburtsort in der Gegend von Genua gelegen hat.

100 Jahre türkische Presse

Die türkische Presse konnte in diesen Tagen ihr hundertjähriges Bestehen feiern. In der Tat ist am 1. November 1831 zum erstenmal in Konstantinopel der „Takwini Wekaji“ als amtliches Organ erschienen. Seine Gründung wurde von Sultan Mohammed II. beschlossen, der durch eine Verfügung die Herausgabe des Blattes befahl und mit der Leitung die drei Schriftsteller Essad, Sari und Saif betraute. Auch den Namen des Blattes, der „Berichterstatler der Ereignisse“ bedeutet, hatte der Sultan selbst gewählt. Allerdings

erschieden schon vor der Gründung dieses amtlichen Blattes regelmäßig Tageszeitungen in französischer Sprache.

Ein Denkmal für Malmgren

Wie aus Upsala berichtet wird, ist dort ein Denkmal zu Ehren des bei der Nobile-Expedition tödlich verunglückten Polarforschers Malmgren eingeweiht worden. Der verstorbene Forscher war als Dozent an der Universität Upsala tätig.

Die Empfindlichkeit des Pflanzenherzens

Aus der indischen Hauptstadt Kalkutta hat der indische Forscher Sir J. C. Bose die Kunde eines pflanzlichen schlagenden Herzens übermittelt, das in der innersten Schicht der Rinde seinen Sitz hat und das mit dem tierischen Herzen eine weitgehende Ähnlichkeit aufweist. Unter normalen Verhältnissen zieht es sich in gleichen Zwischenräumen zusammen, um sich dann wieder auszu dehnen. Seine Tätigkeit nachzuweisen, gelang mittels sinnvoll gebauter Apparate auf mehrfache Weise. Erstens konnte man durch mehrmillionenfache Vergrößerung seine Schläge unmittelbar sichtbar machen; ferner erzeugen jene Schläge des Pflanzenherzens meßbare elektrische Stromstöße, ähnlich wie sie die Zusammenziehungen der tierischen Muskeln begleiten. Die große Ähnlichkeit des Pflanzenherzens mit dem Tierherzen erhellt schon aus beide die gleiche Wirkung ausüben. Kämpfer und Moschus regen die Herzstätigkeit an, Morphium und Bromkali vermindern sie — bei den Pflanzen genau so wie beim Tier. Neuerdings hat der indische Forscher noch eine andere hochbedeutsame Beobachtung gemacht, indem er die Einwirkung elektrischer Ströme auf den Pflanzenorganismus prüfte. Dabei stellte sich heraus, daß die Pflanze weit empfindlicher gegen elektrische Reize ist als der Organismus des Menschen und der Tiere. Punkttelegraphische Signale, wie sie von unsern drahtlosen Stationen ausgesendet werden, wurden z. B. von den empfindlichen Mimosen deutlich wahrgenommen, und zwar in der Weise, daß schwache Stromstöße das Wachstum der Pflanze beschleunigten, während starke Reize die entgegengesetzte Wirkung ausübten.

„Ich kenne keine Parteien mehr“

MacDonalds Programmrede vor den Cityleuten

Am Montag fand in der Londoner Guildhall das historische Bankett des Bürgermeisters von London statt, bei dem MacDonald eine große programmatische Rede hielt.

Wir haben, so erklärte er u. a., ein nationales Mandat erhalten. Wir sind eine nationale Regierung. Das Kabinett und die Regierung bestehen aus Mitgliedern aller Parteien, die sich zusammengeschlossen haben, um der Nation bei der Überwindung besonderer Schwierigkeiten in ihrem wirtschaftlichen Leben zu dienen. MacDonald bemerkte unter Beifall, zwei Probleme seien zu lösen, und er könne die Versicherung abgeben, daß die Regierung sie auch zu lösen beabsichtige. Das erste Problem sei, daß die Nation ihr Budget balanciere. Man könne nicht dauernd vom Borgen leben. Man könne nicht dauernd von der Zerstörung seines Kapitals leben. Außerdem müsse die Nation ihren Handel balancieren.

Das Währungsproblem müsse international geregelt werden. Wir beabsichtigen, sobald dies durchführbar ist, die Schritte zu tun, die am sichersten dazu beitragen, das Pfund zu stabilisieren. Wir werden das auf einer endgültigen Basis

unabhängig von spekulativen Bewegungen oder tagtäglichen Transaktionen machen.

Aber die Zeit für diese Stabilisierung muß zum großen Teil von Faktoren abhängen, die außerhalb unserer besonderen Kontrolle sind. Inzwischen wird jedoch, bis das Pfund Sterling wieder endgültig stabilisiert ist, das Hauptziel unserer Politik die wesentliche Aufrechterhaltung der inneren Kaufkraft des Pfund Sterling sein.

Zur Abrüstungsfrage übergehend erklärte der Ministerpräsident des „nationalen Kabinetts“ u. a. mit einer deutlichen Wendung gegen Frankreich:

Die britische Regierung wird ihr Äußerstes tun, um den Erfolg dieser Konfe-

renz sicherzustellen. Die Bedingung dieses Erfolges ist jedoch, daß alle Nationen an einer Vereinbarung teilnehmen, die auch von sämtlichen anderen Nationen angenommen werden kann, da sie nach ihrer Meinung keine Bedrohung ihrer Sicherheit darstellen. Abrüstung, so betonte MacDonald, ist die typischste aller internationalen Sorgen. Keine Nation kann in dem Bestreben, sich zur Sicherung ihrer Existenz und ihrer Handlungsfreiheit lediglich auf Verträge und Vereinbarungen zu verlassen, sich weit aus der Front der anderen herauswagen.

Zum Schluß gab der ehemalige Arbeiterpartei eine Variation über das Thema „Ich kenne keine Parteien mehr“ zum Besten.

„Ich glaube“, so führte MacDonald aus, „daß England durch seine Wahlen zwei große Dinge zustandegebracht hat. Es hat in den Herzen aller Männer und Frauen den Glauben und das Vertrauen zur repräsentativen Demokratie wiederhergestellt. Es hat aber noch mehr getan. Es hat nämlich den Bürgern aller Nationen der Welt, die Selbstregierung besitzen, ein Beispiel dafür gegeben, daß es bei einer nationalen Notlage keine Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern daß alle Klassen und alle Parteien aller Richtungen beim Eintreten solcher Notlage sich in einer gemeinschaftlichen Anstrengung zusammenschließen, um der Welt den nötigen Mut und den entschlossenen Willen zu geben, sich durch diese Schwierigkeiten hindurchzuarbeiten und der ganzen Welt zu zeigen, was nationale Einigkeit ist, und wie diese nationale Einigkeit zustandegebracht werden kann.“

Mr. MacDonald, der Repräsentant einer „repräsentativen Demokratie“, hat einen großen Vorgänger gehabt. Er hieß Disraeli zuerst und Lord Beaconsfield später. Da war

er Englands allgewaltiger Ministerpräsident und ein konservativer Mann. Aber dieser streng konservative Ministerpräsident hatte früher einen Roman geschrieben, in dem das Wort steht von den zwei Nationen in aller Welt, der Nation der Reichen und der Nation der Armen. Diese scheint der ehemalige Arbeiterpartei vergessen zu haben; vergessen auch, daß sie „unvergänglich“ bleiben, bis es nur ein Recht für alle geben wird — das sozialistische.

Zustimmung der englischen Presse

Es ist nicht erstaunlich, daß die englische Presse die Rede MacDonalds lobt; sowohl die liberale wie die konservative erklärt sich — was nicht erstaunlich ist — mit diesem Programm einverstanden. Der „Daily Herald“ findet zwar den innen- wie den außenpolitischen Teil der Rede zu allgemein gehalten und nicht deutlich genug, erklärt aber, wenn MacDonald auf eine umfassende Regelung der Frage der internationalen Schulden hinarbeiten wolle, so werde er sich nicht über Mangel an Unterstützung im Innern zu beklagen haben.

Daraus müßte man allerdings schließen, daß auch in der Arbeiterpartei die Neigung besteht, sich der „nationalen Front“ anzuschließen. Und damit wäre dann allerdings die Skepsis der ILP gerechtfertigt, deren Parlamentsvertreter erklärt haben, daß sie erst dann mit der Fraktion der Arbeiterpartei zusammengehen könnten, wenn sie deutliche Beweise einer innerlichen Umkehr gegeben hätte.

Gemeindeschiedspruch verbindlich

Berlin, 11. November.

Im Lohnkonflikt der Gemeindearbeiter hat der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch, der von den Vertretern der Gemeindearbeiter und der gemeindlichen Arbeitgeber abgelehnt worden war, im Interesse der Allgemeinheit für verbindlich erklärt. Damit tritt eine 4,2-prozentige Lohnkürzung in Kraft.

Toleranter Antisemitismus und anderes aus Mecklenburg

Lübeck, 9. November.

In der Freitagsitzung des Mecklenburg-Schweriner Landtages kam die bürgerliche Regierung, die bisher von den Nazis toleriert wurde (ausnahmsweise mal nicht von der SPD!), in eine eigenartige Lage. Ihre Notverordnungen wurden abgelehnt mit den Stimmen der Nazis, SPD, KPD und Mitte. Ob die Regierung Folgerungen daraus zieht, ist noch nicht zu ersehen, denn die Notverordnungen können bekanntlich in echt demokratischer Weise trotz der Landtagsablehnung durchgeführt werden. —

Hochschulkrawalle sind die große Mode. Die „Studenten“ der Wismarer Ingenieur-Akademie fühlen sich auch verpflichtet, Krach zu machen. Sie fielen schon lange durch ihr provozierendes Verhalten gegenüber der Arbeiterschaft auf. Nun verlängerten sie die Absetzung des Akademie-Direktors Dr. Weingarten, weil er Nicht-Arier sei. Der Rat der Stadt ist zu Kreuze gekrochen — Wismar hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister! — und hat den Direktor gegeben, seinen Abschied zu nehmen. Und der hats getan.

Jeder Deutsche hat das Recht . . .

Am Sonnabend und Montag sind in Wilhelmshagen von der Polizei Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der KPD vorgenommen und einige Personen sistiert worden. Blättermeldungen zufolge hat es sich bei der Aktion um die Aushebung einer Geheimdruckerei gehandelt, in der ein Flugblatt „Rotfront“ hergestellt worden ist. Bekanntlich hat laut Verfassung jeder Deutsche das Recht, seine Meinung in Druck und Schrift frei zu äußern. Bleibt nur der Schluß übrig: Proleten sind eben keine Deutschen!

Blutige Zusammenstöße

Im Anschluß an einen Umzug des Reichsbanners kam es gestern abend hier zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Der nationalsozialistische Butterhändler Rathge wurde getötet, zwei Nationalsozialisten wurden schwer, drei Reichsbannerleute leicht verletzt.

Kriegsdrohung gegen Polen

Landsberg a. W., 9. November.

Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete hier im „Eldorado“ eine Kundgebung, auf der Landtagsabgeordneter v. Stünzner-Karbe sprach. Er hob hervor, daß in einer Zeit allerhöchster Spannung niemand wissen könne, wie sich das Schicksal Brünings gestalten werde.

Eine neue Regierung müsse ihre Politik nach dem Osten orientieren, den Weichsel-Korridor und Ostpreußen wieder dem Vaterlande erkämpfen.

Und dann schreit die gleiche Meute Zeter und Mordio, wenn Polen und Frankreich sich für Abrüstung der einen Seite und Aufrüstung der anderen bis zum „gerechten Ausgleich“ bedanken.

ADGB im hessischen Wahlkampf

Es ist das gute Recht, ja die Pflicht der Freien Gewerkschaften, im Wahlkampf aufzutreten und die ihm angeschlossenen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen Bourgeoisie und Unternehmertum zu mobilisieren. Die Gewerkschaften können nicht im Klassenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten neutral bleiben.

Aber die Freien Gewerkschaften sind nicht ein Organ der Sozialdemokratie; sie haben die allgemeinen Arbeiterinteressen zu vertreten, nicht die Interessen der Sozialdemokratie. Sie sind aufgebaut durch die Groschen der Arbeiter, gleichviel ob sie politisch organisiert sind oder nicht, gleichviel ob sie sozialdemokratisch organisiert sind oder in irgendeiner anderen Partei, die auf dem Boden des Sozialismus steht.

Der hessische Bezirksausschuß des ADGB hat sich nicht an diese Pflicht gehalten, sondern einseitig für die SPD Stellung genommen. Er hat in einem Flugblatt sich dazu hinreißen

lassen, gegen die SAP den Vorwurf zu erheben, sie „schwäche nur die Kampfkraft des Proletariats“. Woher nimmt der Bezirksausschuß des ADGB das Recht, eine solche Erklärung abzugeben. Haben ihn seine Mitglieder dazu ermächtigt? Ist es ihm unbekannt geblieben, daß alte, erfahrene, tüchtige Gewerkschafter in den Reihen der SAP kämpfen? Wir bedauern im Interesse der Gewerkschaften selbst, daß sie einen neuen Zankapfel in ihre Reihen tragen, statt die gewerkschaftliche Kampffront durch Einbeziehung aller derjenigen, die im Interesse der Arbeiterklasse hampfen, zu stärken. Wir sind der Meinung — und die Erfahrung hat uns wohl recht gegeben —, daß die Politik der SPD zur Stärkung des Faschismus und damit letzten Endes zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen muß. Wenn die Gewerkschaften auf Leben und Tod sich mit dem Schicksal der Sozialdemokratie verbinden, so werden sie ihrer eigenen Sache einen schlechten Dienst erweisen.

Erkenntnis und Widerspruch Breitscheid, SPD und Nationalsozialismus

Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid führte am Montag abend im Rahmen einer Revolutionsfeier der Kasseler SPD u. a. aus, daß es sinnlos wäre, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß der Nationalsozialismus bereits bis in die Reihen der sozialdemokratischen Wählermassen vorgedrungen sei. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht verlege, so geschehe dies deshalb, weil sie überzeugt sei, daß eine Herrschaft des Nationalsozialismus Deutschland in den Abgrund führen würde.

Es ist erfreulich, daß Breitscheid endlich merkt, daß die Nationalsozialisten in die Reihen der SPD-Wähler einbrechen. Die Politik der SPD läßt ein anderes Ergebnis gar nicht zu. Und es ist ein seltsamer innerer Widerspruch, wenn Breitscheid hi-zufügt, daß trotzdem die SPD dem Nationalsozialismus „den Weg zur Macht verlege“. Der fortschreitende Einbruch der Nationalsozialisten in die Wählermassen der SPD beweist ja gerade, daß die SPD-Politik dem Nationalsozialismus den Weg nicht verlegt, sondern geradezu ebnet. Wir haben dies längst gesehen, und wir sehen gerade unsere Aufgabe, die Aufgabe der SAP, darin, die Arbeiterklasse zu der Politik — führen, die allein wirklich dem Nationalsozialismus den Weg verlegt. Zu einer revolutionären Politik, die die Arbeiterklasse sammelt zum Kampf gegen die Ausbeuterpolitik, vor der die SPD die Segel längst gestrichen hat.

Im Ahlener Kommunistenprozeß erfolgte gestern die Urteilsverkündung. Wegen schweren Landfriedensbruchs wurden die Angeklagten zu insgesamt 11½ Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Japanisches Ultimatum

Kriegszustand über Peking / Die Mächte „Gewehr bei Fuß“

Notenwechsel hin, Notenwechsel her. Die Chinesen telegrafieren an den Völkerbund, die Japaner desgleichen. US-Amerika schickt eine Denkschrift an Japan, Japan schickt seine Antwort, die aber vorläufig geheim gehalten wird. Der amerikanische Außenminister Stimson lehnt die Beantwortung der Frage ab, ob die amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten vermehrt würden. Rußland behauptet, daß weißgardistische Generale von Japan beauftragt werden, eine Verschwörung gegen die ostchinesische Bahn, also gegen die Sowjet-Institutionen anzuzetteln. Der neue englische Außenminister Sir John Simon wendet „seine ganze Aufmerksamkeit der mandschurischen Frage zu“ und wird wohl an der Völkerbundstagung in Paris teilnehmen. Mit einem Wort: die imperialistischen Großmächte stehen Gewehr bei Fuß, bereit, sofort einzugreifen, wenn „ihre Interessen“ es erfordern. Es wird da kein „Kriegsächtungspakt“ hinderlich sein; Japan wird an dem mandschurischen Bissen noch schwer zu kauen haben; mit den Chinesen würde es wohl schnell fertig, aber mit den Amerikanern? . . . Vorläufig versucht es, sich chinesische Hilfskräfte zu sichern, eine „separatistische“ chinesische Bewegung zu entfachen mit Hilfe der von ihm gekauften Generale. Mit dieser Art von Staatsstreichen könnte es sich dann leichter die Beute sichern.

Vorläufig gehen aber die Kämpfe weiter. Die Japaner haben dem „Daily Telegraph“ zufolge an den chinesischen General Matschangshan die Forderung gestellt, die Stadt Tsitsikar sofort dem General Tschanghaipeng, dem Führer einer japanfreundlichen chinesischen Truppe, zu übergeben. Matschangshan habe das Ultimatum abgelehnt. Man erwartet daher den sofortigen japanischen Angriff auf Tsitsikar.

Wie „News Chronicle“ meldet, soll auch in Peking der Kriegszustand erklärt worden sein.

In Tientsien ist es am Montag wieder zu Gefechten gekommen, wobei von japanischer Seite auf die chinesische Polizei geschossen sein soll.

Alles deutet darauf hin, daß die Japaner ihren Vormarsch nach der russischen Interessensphäre hin fortzusetzen gedenken.

Die Krise auch in Frankreich

Paris, 5. November.

Nach einer im „Echo de Paris“ veröffentlichten Meldung aus St. Etienne hat die Bank Ramel-Tardiff ihre Schalter geschlossen. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß es der Bank infolge der Abhebung größerer Einlagen einer dortigen Fabrik nicht mehr möglich gewesen sei, den Zahlungswünschen ihrer Kundschaft nachzukommen.

„Temps“ meldet aus Grenoble, daß die dortige Bank Charpenay ihre Schalter geschlossen hat. Diese Bank unterhielt besonders lebhafte Beziehungen zur Industrie der Grenobler Gegend.

Paris, 5. November.

In der Nähe von Belfort haben heute drei Textilunternehmen ihre Betriebe geschlossen. 600 Arbeiter wurden arbeitslos.

Von der Lügenfront

KPD-„Slogo“

Die „Rote Fahne“ vom 8. November meldet über zwei Versammlungen der Sozialistischen Arbeiterpartei in Darmstadt und in Mainz in derselben Art wie die SPD-Presse. In Mainz soll die übergroße Mehrheit einer SAP-Versammlung gegen die Gründung der SAP und für die Wahl der kommunistischen Liste gestimmt haben. In Darmstadt sollen 90 Prozent der Versammlung das gleiche getan haben.

In beiden Fällen ist der Wunsch der Kommunisten der Vater des Gedankens gewesen. In Darmstadt haben die Kommunisten eine solche Resolution eingebracht, aber nirgendwo hat eine solche Abstimmung darüber stattgefunden, und die Kommunisten selbst haben in Darmstadt eine Abstimmung überhaupt nicht verlangt. In Mainz war die Versammlung der SAP in der riesengroßen Stadthalle von mindestens 2500 Menschen besucht. In dieser Versammlung hat die KPD eine Resolution eingebracht, über die die Versammlung eventuell am Schluß der Versammlung abgestimmt hätte. Als jedoch nach dem kommunistischen Diskussionsredner, der mit Belanglosigkeit die eigenen Anhänger langweilte, ein Redner der kommunistischen Opposition zu Worte kam und den Kommunisten einige Wahrheiten sagte, machten die Kom-

munisten Lärm, und in diesem Lärm versuchte ein Kommunist unten im Saal über die kommunistische Resolution abzustimmen, für die sich vielleicht 200 Hände hoben. Die Kommunisten zogen darauf ab, und allein schon die Tatsache, daß die große Hälfte der Versammlung im Saale blieb, das Schlußwort des Genossen Seydewitz anhörte und ihm stürmischen Beifall zollte, war Beweis dafür, daß die Mehrheit der Versammlung gegen die kommunistische Resolution war.

Auch diese Kriegsberichte der „Roten Fahne“ gegen die SAP werden den Siegeslauf der jungen Bewegung nicht aufhalten.

Seydewitz und die Reichswehr

In Aue im Erzgebirge wird von den dortigen SPD-Führern in Ermangelung von sachlichen Argumenten gegen die SAP der Schwindel kolportiert, Genosse Seydewitz habe im Jahre 1923 die Reichswehr nach dem Erzgebirge geschickt. Daran ist natürlich kein Wort wahr; Genosse Seydewitz stand gerade 1923 im schärfsten Gegensatz zu der in Sachsen einmarschierten Reichswehr, und nirgendwo hat Seydewitz jemals mit der Reichswehr irgendwelche Verhandlungen oder Besprechungen gehabt.

Helft den Genossen in Hessen

Alte Nummern der „Fackel“ und der „SAZ“

dürfen nicht fortgeworfen werden!

Sie dienen in Hessen als wichtiges Propagandamittel im Wahlkampf. Übt Solidarität und sendet sie an: Andreas Quessel, Darmstadt, Rhönring 127.

Sportschau der SAZ

Berlin - Brandenburg

Fußball. 1. Kreis

Spandau I—Luckenwalde V I 2:1 (1:1). Eine Überraschung! Zwar, Luckenwalde zieht mit dem Winde im Rücken mächtig los und kommt schon nach 7 Minuten zum Tore; aber auf dem schweren Boden ermüden die Luckenwalder bald und Spandaus Angriffswelle erzwingt durch den Halblinke gleich darauf den Ausgleich. Eine Schwächeperiode der Havelstädter kann L. nicht ausnutzen, verschiebt zu allem Überfluß noch einen Elfer, und muß sich eine Minute (!) vor Schluß den Verlusttreffer gefallen lassen.

Wollersdorf—Ruhlsdorf 2:2 (1:1). Die Entscheidung in Abteilung B des 4. Bezirks ist noch nicht gefallen! In rasendem Tempo ein Spiel auf Sieg. Schönheiten fallen unter den Tisch. Einen Strafstoß muß W.'s Tormann — von der Sonne geblendet — durchlassen. Den Ausgleich verhindert lange Zeit die aufmerksame Verteidigung. Endlich bringt ein Nachschuß im Anschluß an eine Ecke W. zum Gleichstand. Nach dem Wechsel womöglich noch schnelleres Spiel. — Ruhlsdorf überschreitet die sportlichen Grenzen — zwei Spieler gehen in „Urlaub“. W. führt durch Elfmeter. Was niemand erwartet hat: die 9 Ruhlsdorfer erzwingen den Ausgleich.

Werbespiele in Kladow. Kladow I—Volksport Neukölln II 3:2 (1:1). — Eintracht Spandau I—Volksport Neukölln I 2:4 (1:3). Anlaßlich des 4. Stiftungsfestes unserer Fußballfreunde in Kladow weiten Neuköllner und Spandauer Mannschaften zu Gast. Die Jubilare besiegten mit kombinierter Mannschaft die Neuköllner, nachdem diese zuerst kurz vor der Pause durch unhaltbaren Nachschuß in Führung gingen. Eine Umstellung des Sturmes erweist sich als vorteilhaft und bringt den Havelleuten 3 Treffer ein. Im letzteren Teil des Spieles lassen jedoch ihre Läufer nach, und Neukölln verbessert das Ergebnis. — Im Spiel der ersten Mannschaften kommt Volksport im Anschluß an den Anstoß zum Führungstreffer und bald darauf mit Hilfe des Spandauer Torwärters zum zweiten Tore. Eintrachts Angriffe werden energischer, Neuköllns Tor kommt wiederholt in Gefahr. Neukölln ist schußsicherer. Der vierte Treffer dürfte glatt abseits gewesen sein. Beide Spiele haben bestimmt dem Arbeitersport neue Freunde zugeführt!

Weitere Ergebnisse:
1. Bezirk: Minerva-Neukölln—Lichtenberg I 1:0 (0:0); Britz 88 I—Hoppegarten I 2:0 (0:0); Britz 88 II—Hoppegarten II 7:3 (2:0); Dr. Wusterhausen gegen Wacker 30 4:1 (2:1); Eiche Copenick gegen Wilmersdorf 6:3 (3:2). — 2. Bezirk: Hansa-Adler 08 (Bez.) 7:2 (3:1); Pankow I—Teltow I 9:3 (5:1); Pankow II—Saxonia II 6:1 (5:1); Pankow III—Hansa II 1:1 (0:1); Vorwärts-Wedding II gegen Charlottenburg 9:0 (4:0); Saxonia III gegen Wedding II 4:3 (3:2). — 3. Bezirk: Butab I geg. Schöneberg I 2:1 (0:1); Rahlbein II—Schöllene II 6:1 (3:1); ASV Südost II—Südost III 2:3 (0:2). — 4. Bezirk: Union-Tempelhof—Rot-Weiß-Brick 4:1 (2:0). — Jugend: In der Jugendklasse fiel die Entscheidung! In einem sehr schnellen Spiel löste sich Minerva von Normannia-Lichtenberg mit 1:0 (0:0) den Sieg und den Titel des diesjährigen Jugendmeisters. Minervas 2. Jugend vorlor ersatzgeschwächt gegen Staaken 0:1 (0:1). Normannias 3. Jugend war glücklicher und hielt Vorwärts-Wedding mit 3:0 (1:0) jederzeit leicht.

Wasserball-Blitzturnier in Spandau

Am kommenden Donnerstag, dem 12. d. M., veranstalten die Freien Schwimmer Groß-Berlin, Gruppe Spandau, im Stadtbad Spandau, Radelangerstraße, um 19 Uhr ein Blitzturnier, bei dem erstklassige Mannschaften folgender Vereine starten werden: Berliner Schwimm-Union, Freie Schwimmer Berlin XII, Berliner Schwimmverein „Freiheit“, Freie Schwimmer Groß-Berlin, Gruppe Siemensstadt kombiniert mit Falkensee und der Veranstalter. Das große Spandauer Hallenbad läßt ein Spiel mit vollen Mannschaften zu. Es sind daher spannende Kämpfe zu erwarten, deren Ende ziemlich offen erscheint. Ein Sieg von Union wäre immerhin wahrscheinlich. Einlaß 19 Uhr, von 19 bis 20 Uhr Kürbadauf für Gäste und Mitglieder, 20 Uhr Beginn des Turniers. Eintrittspreise für Erwachsene 35 Pf., Jugendliche und Erwerbslose gegen Ausweis 20 Pf. SAZ Sport.

Sachsen-Sport

Schneeberg meldet: Am Sonntag weite der Schwimmverein Coralle (Schneeberg) 7. Bezirk in Annaberg bei dem Bruderverein „Frei-Naß“ zu einer Freundschaftsschwimmfest. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden vormittags Übungsstunden abgehalten und Wasserballspiele ausgetragen. Coralle konnte zwei glänzende Siege buchen. Schneeberg II gegen Annaberg II 5:0 (2:0). Schneeberg I gegen kombinierte Bezirksmannschaft 8:2 (3:0).

Das offizielle Schwimmfest begann am Nachmittag mit dem Start zum 100-Meter-Brustschwimmen, welches von Coralle in 1,33 Minuten siegreich beendet wurde. Die Vereinslagentafette 4 x 2 Bahnen à 17 Meter wurde mit einer ansprechenden Zeit von 1,36 Minuten notiert.

Das Wasserballspiel Annaberg I gegen Schneeberg I endete 9:2 (1:0) für Annaberg. Durch falsche Entscheidungen des Schiedsrichters wurde das Spiel in verschiedenen Punkten ziemlich verwirrt, und es ist in jeder Beziehung zu empfehlen, daß der Schiedsrichter keineswegs beim offiziellen Spiel seiner Mannschaften irgendwelche Äußerungen macht.

Auch in den Sprüngen und übrigen Konkurrenzen wurde ein sehr gutes Können an den Tag gelegt.

Bezirk Zwickau

Arbeitersport, Bezirk Zwickau. 1. Gruppe. Gruppenspielmessung. Die Spielreihe der 1. Gruppe am Sonntag, dem 15. November, in dem Gasthof „Zentralhalle“ Mariental, ihre Gruppenübungsstunden. Alle Spielreihen werden erwartet.

F. T. Ratingen—F. T. Gerresheim 3:1

Ein sehr flottes Spiel wurde von Anfang an von Ratingen entfaltet. Der Erfolg waren drei Tore, die durch vorbildlichen Aufbau des Innensturms erzielt worden sind. Gerresheim dagegen erreichte bis zur Halbzeit nur ein Tor. Nach Wiederbeginn setzte Ratingen zu einem mächtigen Spurt an, dem Gerresheim nicht gewachsen war. Tor auf Tor fiel für Ratingen, während Gerresheim nur noch einen Erfolg zu verzeichnen

hatte. Alles in allem ein vorbildliches und technisch gut geschultes Spiel, das zweifellos unter den zahlreichen Erschienenen einen nachhaltigen Eindruck für den Arbeiter-Sportgedanken hinterlassen haben wird.

II. Mannschaft Ratingen—Gerresheim 6:3 (4:2). Gesellschaftsspiel: Turnerinnen Ratingen—Schwarz-Gelb-Grün Düsseldorf 0:2 (0:1). Da die Ratinger nicht mit voller Mannschaft antraten, war der Erfolg für die Gegenmannschaft von vornherein sichergestellt.

Einigkeit oder Blauweiß?

Breslau

Im Bezirksspiel schlägt Einigkeit V.f.L.-Oels 9:2. — Sparta schlägt Südost. — Union unterliegt Falke. — Canth spielt unentschieden. — Ein knapper Sieg der Sportfreunde
Breslaus Meisterschaftsspiele nähern sich dem Ende. Am nächsten Sonntag wird das Finale auf dem Sportplatz am Schlachthof zum Austrag kommen. Einigkeit oder Blauweiß? Man weiß heute noch nicht, wer nun eigentlich Breslaus Bezirksmeister werden wird. Man schätzt Einigkeit wohl als die Spielstärkeren ein, aber Blauweiß bewies im Sternspiel, das man mit ihnen stets rechnen muß. Zur Zeit liegt Einigkeit in glatter Führung in der Meisterschaftstabelle. Mit einem Punkte stehen sie vor Blauweiß. Daraus ergibt sich, daß für Einigkeit ein Unentschieden zur Meisterschaft reicht, daß andererseits Blauweiß unter allen Umständen gewinnen muß, um Meister zu werden. Und gerade dieser eine Punkt ist es, der die Spannung unter den Arbeitersportlern vergrößert. Gerade das Bewußtsein, daß Blauweiß mit dem Gegner wächst, und das Bewußtsein, um den Titel zu ringen, wird die Mannschaft zur Höchstform auflaufen lassen. Die Entscheidung, wer Meister vor Breslau werden wird, ist auf alle Fälle am Sonntag, dem 15. November, 14.30 Uhr, auf dem Sportplatz am Schlachthof zu erwarten.

Das gestrige Spiel Einigkeit—Oels brachte in gewissem Sinne eine Enttäuschung. Man hatte einen derart hohe Sieg Einigkeits nicht erwartet, zumal Oels in den ersten Minuten einen guten Kampfgeist zeigte. Die überlegene Spielweise Einigkeits setzte sich aber allmählich durch, so daß dieser hohe Sieg zustande kam.

Im Entscheidungsspiel um die Berliner Bezirksmeisterschaftsspiele der Jugendklasse blieb Sparta über Südost glatt siegreich. Die Gesellschaftsspiele brachten bei herrlichem Wetter einige immerhin unerwartete Überraschungen. So leistete sich Südost den Schnitzer, gegen Sparta 6:2 zu verlieren. Daß Falke wieder im Kommen ist, beweist der 5:1-Sieg über Union. Ebenso unerwartet kommt der 2:1-Sieg der Sportfreunde über Sturm. Masselwitz brachte es fertig, Vorwärts mit 2:1 zu schlagen und auch Einheit konnte gegen Canth nur mit 2:2 ein Unentschieden erringen. Die Berichte melden im einzelnen:

Sparta I Jug.—Südost I Jug. 3:1. Vor dem Bezirksmeisterschaftsspiel wurde dieses Ausscheidungsspiel um die Jugendmeisterschaft durchgeführt. Südost wurde als Sieger erwartet. Es kam aber wieder einmal anders. Ein flottes Spiel setzt mit Beginn ein. Eine Ecke von Sparta wird durch guten Kopfstoß zum 1:0 verwandelt. Ein völlig offenes Spiel entwickelt sich, wobei jedoch Sparta leicht im Vorteil bleibt. Kurz vor Halbzeit erzielt Sparta wiederum im Anschluß an eine Ecke das zweite Tor. Nach der Pause drängt Süd zum zweiten Tor auf Verbesserung des Resultats. Inmitten der Halbzeit ist es möglich, ein Tor aufzubolen. Ein guter Durchbruch der Spartaangenehm mit abschließendem platierten Schuß schafft ein drittes Tor und damit die Meisterschaft.

Einigkeit—Oels 9:2 (4:0). Ecken 2:7. Ueber 1200 Zuschauer hatte dieses Spiel angezogen. Allgemein gab man Einigkeit die größeren Aussichten auf Sieg. Allerdings erwartete man nicht diese Höhe. Der Ansturm Einigkeits endete an der Oelser Verteidigung. Der Gegenangriff Oels endet im Aus. Überrascht war man von der forschenden Spielweise Oels, die noch dazu ein raumgreifendes Flügelspiel bevorzugte. Dadurch sah es zeitweilig für die Hintermannschaft Einigkeits bedrohlich aus. In ganz kurzer Zeit hat Oels

drei Ecken erkämpft. Die Latte erweist sich jedoch als Retter in der höchsten Not. Nachdem der Oelser Tormann durch eine Prachtleistung einen erfolgversprechenden Durchbruch Einigkeits zunichte gemacht hatte, konnte er einen platierten Schuß des Halblinken Einigkeits nicht mehr abwehren. Wenige Minuten später wird durch Kopfball im Anschluß an eine Ecke für Einigkeit das zweite Tor erzielt. Noch zweimal ist Einigkeit bis zur Pause erfolgreich. Der Sieg für Einigkeit stand also bereits schon zur Halbzeit mit 4:0 fest. Drei Minuten nach Wechsel holt Oels nach einer Vorlage von rechts zum 4:1 auf. Aber schon zwei Minuten später stellt ein langer Koller des Mittelstürmers von Einigkeit das alte Verhältnis wieder her. Einigkeit ist merklich überlegen und verliert sich zeitweilig durch diese Überlegenheit in Tändeleien. Das 6. Tor ist fällig, als Einigkeit einen 11-Meter zugesprochen erhält. Bei diesem Stand ist es wiederum der Halblinke von Oels, der ein zweites Tor aufholt. Ein weiterer Strafstoß, sowie ein 11-Meter für Einigkeit werden zu dem 7. und 8. Tor ausgenutzt und durch die zweite Ecke kann Einigkeit kurz vor Schluß sogar noch ein 9. Tor erzielen. Durch diesen Sieg hat sich Einigkeit die Führung in der Meisterschaftstabelle klar erkämpft, so daß die Entscheidung nur noch zwischen Einigkeit und Blauweiß liegt.

Sparta—Südost 6:2. Sparta gab seiner Mannschaft Gelegenheit, durch dieses Spiel die Vorbereitungen zum Qualifikationsspiel um Auf- oder Abstieg zum Abschluß zu bringen. Dieser Versuch ist glänzend gelungen. Und es ist wohl anzunehmen, daß Sparta das Ausscheidungsspiel für sich entscheiden sollte. Mit Beginn des Spieles setzt ein flottes Tempo ein. Schon nach wenigen Minuten liegt Sparta durch Hand-Elfmeter 1:0 in Führung. Die Gegenangriffe von Südost scheitern zum Teil an der Hintermannschaft, teilweise verdirbt der Südoststurm die besten Gelegenheiten. So ist es nicht verwunderlich, daß Sparta bis zum Wechsel drei weitere Tore aufholt. Nach der Pause ist Sparta zunächst noch einmal erfolgreich, dann jedoch fängt Südost an zu drängen. In kurzer Zeit ist ein Tor aufgeholt. Wieder ist es Sparta, die nach gutem Durchbruch das alte Verhältnis herstellen. Ein gut eingeleiteter Durchbruch des Südoststurmes bringt ein zweites Tor für die Klettendorfer. **Weitere Resultate:** Falke—Union 5:1; V.f.L. gegen 1930 2:1; 1921—Rapid 4:0; Freie Sportfreunde—Sturm 2:1; Eintracht—Vorwärts 2:1; Canth—Einheit 2:2; Tasmania—V.f.K. 7:3; Oswitz—Rothsürben 6:1; Stern—F.S.B. 6:3.

Fußball in der Provinz

Sportfreunde-Waldenburg Bezirksmeister des 4. Bezirks.

Im letzten Bezirksmeisterschaftsspiel fertigte Sportfreunde-Waldenburg den Gruppenmeister Hochwald-Hermsdorf überlegen mit 7:2 ab und sicherte sich dadurch wiederum den Meistertitel. — Überraschend kommt die Niederlage, welche Ring-Sandberg von V.f.R.-Freiburg mit 4:1 bezog. — Stern-Zirlau konnte gegen Sturm-Stannowitz 6:1 siegreich bleiben, während Freie Turner-Königszell im Spiel gegen Sparta-Striegau 3:1 verlor.

Fußball-Notizen

Bezirksvorstand. Die für Mittwoch angesetzte Bezirksvorstandsitzung mit dem Ausschuss zur Bearbeitung der Meisterspiele findet erst am Donnerstag, dem 12. November, im Pilsenerbräu statt. **Schiedsrichter-Vereinigung.** Als Leitungsrichter zu dem Endspiel um die Bezirksmeisterschaft auf

dem Sportplatz am Schlachthof stellen folgende Vereine je einen Schiedsrichter: Hundsfeld, Vorwärts, 1921 und Adler, Treffpunkt 14.00 Uhr. Großer, Frankfurter Straße 112, Vereinsjury und Uhr mitbringen. Je einen Ordner stellen folgende Vereine: 1921, Pfeil, West, F.S.B., V.f.L., Aekania, Vorwärts, Stern, Herta und Ein, mit Treffpunkt 14.00 Uhr, Sportplatz. Die Ordner melden sich bei Gen. Walde. — Mittwoch, den 11. 11., 20 Uhr, 6. Kursabend für Schiri im Pilsenerbräu. **Arbeitsausschuß.** Sonntag, den 15. November, 9 Uhr vorm., Spielreihe im Pilsenerbräu. — Gleichfalls am Sonntag, dem 15. 11., um 9 Uhr vorm., treffen sich die politischen Vertrauensleute der Vereine im Pilsenerbräu. **Verhandlungsausschuß.** Ladungen für den 16. 11. 31. 20.00 Uhr: Adolf Malzahn (VfK), Schiri Jeschall (Union), 20.15 Uhr: Vereinsvertreter Tasmania, 20.30 Uhr: Vereinsvertreter Herta und V.f.L., dazu Gustav Scholz und Fechner (VfL), 21.00 Uhr: Vereinsvertreter Stern, dazu Spielführer vom Sued mit 1. 11. 31, dazu Schiri Urbanski (Sparta), 21.15 Uhr: Vereinsvertreter Südost, Schiri Jaschko (Stern) und Schiri Müller (Herta), 21.30 Uhr: Gen. Walde (Stern) und Otto Grundel (Herta), 21.45 Uhr: Vereinsvertreter V.f.L., 22.00 Uhr: Vereinsvertreter F.S.B., 22.15 Uhr: Schiri Lukas (1921). Die Vereinsvertreter haben bei Verhandlungen die Vollmacht vorzulegen.

ASV. Rapid sucht für Bobreck O.S. für 2. und 3. Weihnachtsspiel einen Spielgegner. Anfragen an Gen. Marschall (Rapid), Freitag, den 15. 11., 20.00 Uhr, Monatsversammlung bei Wagner, Oelsner Straße.

Schwacher Betrieb im Handball

5. Abt. Halbserienmeister der Ost-Gruppe. — Sil. Kick schlägt 9. Abt. überzeugend.

Sil. Kick.—9. Abt. 8:5 (7:0). Einen so glatten Sieg hat man den Vereinigten nicht zugetraut. Mit dem Winde spielend, gelang es den Vereinigten bis zur Halbzeit, eine glatte 7:0-Führung zu erzielen. Glaubte man, daß nach der Pause die 9. Abt. mehr aus sich herausgehen würde, so mußte man sich anfangs eines besseren belehren lassen. Ein guter Kombinationszug bringt den Vereinigten ein 8. Tor, ehe es der 9. Abt. gelang, im Anschluß an einen Freiwurf das erste Tor zu erzielen. Nun setzte eine Drangperiode der 9. Abteilung ein. Die Vereinigten wurden vollständig eingeschnürt. Dank besserer Stürmerleistungen, welche jetzt die 9. Abt. zeigte, gelang es ihnen, bis zum Schluß 5 Tore aufzuholen.

F.S.B. Sportlerinnen—2. Abt. Sportlerinnen 2:1 (0:1). Bis zur Halbzeit gelang es der 2. Abt., eine knappe 1:0-Führung herauszuholen. Doch nach der Pause mußten sie sich von den F.S.B.ern den Ausgleich und das Führungstorgefallen lassen. Die 2. Abt., welche bis zum Schluß zwar überlegen spielte, konnte aber infolge schlechter Stürmerleistungen nichts mehr erzielen. So mußten sie sich abermals mit diesem knappen Resultat geschlagen bekennen.

Freie Schwimmer Breslau

Alle Kampfrichter erscheinen zum Schwimmfest in rot-weißer Sportkleidung. Treffpunkt zur Kampfrichtersitzung am Sonntag, dem 15. November, 13.45 Uhr vor dem Hallenschwimmbad. Abteilung Ost: Unser Kinderturnen findet ab jetzt jeden Mittwoch von 18—19.30 Uhr in der oberen Turnhalle, Ofener Straße, statt.

Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Der Winterrudetrieb im Magdalenyngymnasium findet vom 10. 11. an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 20—22 Uhr statt.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Eine Aktentasche gefunden. (Hallensportfest.) Dieselbe ist im Kartellbüro abzugeben.

An alle Frauenturner! Für die Vorturnerinnen und Vorturner aller Frauen-Abteilungen findet jetzt regelmäßig jeden Monat ein Schulungsabend statt. Die Herabbildung zum selbständigen Leiten soll das Ziel dieser Abende sein. Die erste solche Turnabende findet am Mittwoch, dem 11. November um 20 Uhr in der oberen Turnhalle der Liegnitzer Schule statt. Jede Abteilung hat mit 3—4 Genossinnen bzw. Genossen vertreten.

5. Männer-Abteilung. Im November Mitgliedsbuchkontrolle. Kassierer ziehen dieselben ein. Restanten Beiträge nachzahlen, sonst Streichung aus der Mitgliedsliste. — Freitag, 13. November nach dem Turnen Handballspielerversammlung im Vereinslokal.

7. Männer-Abteilung. Freitag, 13. November. Nach dem Turnen Versammlung bei Grundmann.

9. Männer-Abteilung. Unser Schauturnen findet erst am 27. November, 19 Uhr, in der Turnhalle statt.

7. Frauen- und 9. Männer-Abteilung. Mittwoch, 11. November um 19.30 Uhr, vierter Heimabend (Klodnitzschule). Vortrag: „Gebort die proletarische Jugend in die sozialistische Arbeiterpartei“. Ref.: Gen. Eckstein oder Rausch. Der Abend beginnt um 19.30 Uhr. Der Vortrag um 20.15 Uhr. Wir bitten um vollzähliges Erscheinen.

Tennis-Abteilung. Donnerstag, 10. November, 20 Uhr, Versammlung bei Koschik, Luisenstraße 13. Nachher Beisammensein. — 10. Dezember Jahresversammlung.

Oswitzer-Waldlauf

Bei trockener, etwas stürmischer Witterung wurde am vergangenen Sonntag die Leichtathletiksaison mit einem Waldlauf beendet. Zahlreiche Zuschauer hatten sich am Ziel eingefunden. Besonders stark waren die 2. Frauen- und 7. Männer-Abteilung des veranstaltenden Vereins vertreten. Starke Felder waren beim 1100-Meter-Lauf der Sportlerinnen und 2500-Meter-Lauf der Männer zu verzeichnen. Trotz stürmischer Witterung, die den Läufern stark zusetzte, sind die Zeiten als günstig zu bezeichnen. Wegeverhältnisse waren gut.

Resultate: Sportlerinnen, 1100 m: 23 Teilnehmer. 1. Janikowski, 3. Abtlg., 4:18 Min.; 2. Morawietz, 2. Abtlg., 4:11 Min.; 3. Skupin, 3. Abtlg., 4:33,5 Min.; 4. Jenke, 12. Abtlg., 4:17,7 Min. **Jugend, 1100 m:** 9 Teilnehmer. 1. Vogler, 5. Abtlg., 3:20,6 Min.; 2. Schwarz, 12. Abtlg., 3:20,9 Min.; 3. Kapst, 5. Abtlg., 3:20 Min. **Jugend, 2500 m:** 8 Teilnehmer. Gebauer, 6. Abtlg., 8:24,8 Min.; Grumann, Schwimmer, 8:30 Min.; Kapst, 5. Abtlg., 8:30,2 Min.; Rieger, Schwimmer, 8:41,7 Min. **Männer, 2500 m:** 24 Teilnehmer. Gewissa, Schwimmer, 8:28,9 Min.; Wurth, 7. Abtlg., 8:29,2 Min.; Schwarz, 7. Abtlg., 8:31,3 Min.; Rolle, 1925, 8:44,1 Min. **Männer, 3900 m:** 4 Teilnehmer. Krause, 5. Abtlg., 13:30,4 Min.; Hausdorf, 1925, 13:30,9 Min.; Fuchs, 1925, 13:59 Min. **Männer, 7800 m:** 9 Teilnehmer. Glanz, 13:59 Min.; Ruderer, 27:10 Min.; Drozack, 5. Abtlg., 27:48 Min.; Strietzel, Schwimmer, 27:48 Min.; Junfer, Ruderer, 28:07 Min.; Schubert, 12. Abtlg., 28:42 Minuten.

Arbeiter-Bad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau.

11. November, 20 Uhr, Vorstandssitzung im Jugendheim, Mehlgasse 39, Ecke Paulienerstr.

Abteilung Gräbchen: 13. November, Abteilungsabend bei Klante, Hochstr. 7. 15. November, Abschlußfeier im selben Lokal, 7. Abtlg., 18 Uhr.

Abteilung Scheiniger: 10. November, Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstr. 15.

Abteilung Bosenthal: 13. November, Abteilungsabend bei Orzietko, Traubenberger Str.

Jugendabteilung: 10. November, 20.20 Uhr, proletarische Dichtung. Im Jugendheim, Mehlgasse.

18. November, 20 Uhr, Arbeitergemeinschaft. Thema: „Die proletarische Jugend in der bürgerlichen Gesellschaft“. Referent: Genosse Meitschak.

Motorradfahrerabteilung: 17. November, Zahlabend im Zentralballsaal, Westendstr. 30/32.



KONSUM-GENOSSENSCHAFTLICHE WERBEWOCHE!
Gegen Profitwirtschaft!
Die Parole lautet: **Mitgliedschaft im KONSUMVEREIN**
und dort die in den eigenen Fabriken der Verbraucher hergestellten **GEG-ERZEUGNISSE**

Sie erhalten dieselben im **Konsum- und Sparverein „Vorwärts“**